

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2015 – 2017

Österreichs Wirtschaft überwindet Stagnation

SPERRFRIST: Donnerstag, 17. Dezember 2015, 11:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

Vienna

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2015 – 2017

Österreichs Wirtschaft überwindet Stagnation

Jahresmodell LIMA/05

Die ökonometrischen Modellprognosen werden von einer
Arbeitsgruppe der Abteilung Ökonomie und
Finanzwirtschaft erstellt:

Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Sebastian Koch
Robert M. Kunst
Simon Loretz
Michael Reiter
Edith Skriner
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Helmut Hofer

☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

☎: +43/1/599 91-233
email: klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Inge Korneck

Public Relations
☎: +43/1/599 91-123
email: korneck@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen, der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhalt

1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	5
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	6/7/8
2. DIE INTERNATIONALE KONJUNKTUR	9
2.1 Internationale Konjunkturprognosen	9
Abbildung: OECD-Frühindikator	10
Texttabelle: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum	11
2.2 Länderprognosen	12
Abbildung: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)	14
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	22
3. DIE ÖSTERREICHISCHE AUSSENWIRTSCHAFT	23
4. PERSPEKTIVEN DER INLANDSKONJUNKTUR	24
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	24
Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	26
Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate	27
Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie	27
Texttabelle: Inflationsraten im Überblick	31
Abbildung: Inflationsrate: Österreich und Euroraum	31
Abbildung: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum	32
Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2015	33
5. MONETÄRE PROGNOSE	36
Texttabelle: Leitzinsen	36
Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen	37
TABELLENANHANG	38

Österreichs Wirtschaft überwindet Stagnation

Mit einem Wirtschaftswachstum von 0.8 % hat die Konjunktur im Jahr 2015 etwas an Fahrt gewonnen. Im nächsten Jahr sollte sich das BIP-Wachstum auf 1.6 % beschleunigen, wobei die Steuerreform den privaten Konsum stützt. Für 2017 wird ebenfalls eine Zunahme um 1.6 % erwartet. Aufgrund des starken Arbeitskräfteangebots wird die Arbeitslosenquote auf 9.5 % bzw. 9.8 % ansteigen, ausgehend von 9.1 % in diesem Jahr.

1. Einleitung und Zusammenfassung

Im bisherigen Jahresverlauf hat die Konjunktur in Österreich Fahrt aufgenommen. Mit Wachstumsraten von 0.3 % gegenüber dem Vorquartal fiel die Erholung moderat aus. Im Vorjahresvergleich hat die österreichische Wirtschaft im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 0.8 % zugelegt. Dieser Wert wird auch für den Jahresdurchschnitt 2015 erwartet. In den letzten Monaten hat sich die Investitionsnachfrage im Einklang mit der stabilen Konjunktur im Euroraum etwas belebt. Während die Ausrüstungsinvestitionen merklich zugelegt haben, blieb die Bautätigkeit weiterhin äußerst schwach. Die Vorlaufindikatoren deuten auf eine Fortsetzung des moderaten Wachstums der österreichischen Volkswirtschaft hin. Zusätzlich stützen Sonderfaktoren die Konjunktur im nächsten Jahr. Die Steuerreform sollte über die Erhöhung des verfügbaren Einkommens den privaten Konsum antreiben und auch von den defizitfinanzierten Ausgaben für die Asylwerber gehen zusätzliche Nachfrageimpulse aus. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut weiterhin eine Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 1.6 % im Jahr 2016. Im darauf folgenden Jahr wird ein ähnliches Wachstumstempo erwartet. Nach zwei Jahren mit einem negativen Wachstumsdifferenzial von gut einem halben Prozentpunkt sollte die Wirtschaft in Österreich 2016 und 2017 wieder so schnell wie jene des Euroraums wachsen.

Die Weltkonjunktur entwickelt sich gespalten. Während die entwickelten Volkswirtschaften auf einem moderaten Wachstumskurs sind, zeigen sich bei den Schwellenländern gröbere wirtschaftliche Probleme. Brasilien und Russland stecken in einer tiefen Rezession und in China hat sich das Wachstumstempo im Zuge der Transformation zu einer stärker konsumorientierten Volkswirtschaft spürbar verlangsamt. Primär aufgrund dieser Entwicklungen ist der Welthandel eingebrochen. Das Institut geht aber davon aus, dass sich die weltweite Handelsaktivität wieder belebt, allerdings deutlich langsamer als in der Vergangenheit. Träger des Wirtschaftswachstums sind weiterhin die Industriestaaten. So ist die US-Wirtschaft im dritten Quartal um 0.5 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen, nach einem starken zweiten Quartal (1.0 %). Mit Wachstumsraten von 0.4 % bzw. 0.3 % entwickelte sich die Konjunktur im Euroraum in den letzten beiden Quartalen robust. Unterstützend wirkten dabei die niedrigen Ölpreise, der schwächere Euro und die expansive Geldpolitik. Ein kräftiges Wachstum verzeichneten weiterhin die früheren Krisenländer Irland und Spanien. Vergleichsweise verhalten fiel die Wirtschaftsdynamik in den großen Ländern Deutschland, Frankreich und Italien aus. Dynamisch entwickelte sich die Konjunktur in den ost- und mitteleuropäischen Mitgliedstaaten der EU und im Vereinigten Königreich. Die Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich der moderate Aufschwung in den Industrieländern fortsetzt. Das Institut erwartet somit das folgende internationale Konjunkturbild. Die US-Wirtschaft bleibt auf einem stabilen Wachstumspfad

und wird in den Jahren 2016 und 2017 um 2.6 % bzw. 2.5 % zulegen. Für den Euroraum werden Werte von 1.6 % und 1.7 % erwartet, nach 1.4 % in diesem Jahr. In den OECD-Staaten sollte die Wirtschaftsleistung in beiden Jahren um 2.3 % steigen. Die Entwicklung in den Schwellenländern wird hingegen vergleichsweise verhalten ausfallen, wobei sich das Wachstumstempo in China bis auf 6.0 % im Jahr 2017 abschwächen dürfte.

In den letzten Jahren hat der private Konsum in Österreich nahezu stagniert. Für das heurige Jahr geht das Institut von einem Konsumwachstum von 0.4 % aus. Die Steuerreform stärkt im nächsten Jahr das verfügbare Einkommen der Haushalte. Daher wird für 2016 ein Zuwachs der privaten Konsumausgaben von 1.5 % erwartet. Ausgehend von den Erfahrungen früherer Steuerreformen wird unterstellt, dass ein Teil des zusätzlichen Einkommens in die Ersparnis fließt, sodass die Sparquote 2016 um einen Prozentpunkt auf 8.7 % ansteigt. Im Einklang mit der Einkommensentwicklung wird für 2017 ein Konsumwachstum von 1.3 % erwartet.

Das geringe Unternehmerv Vertrauen und die Unsicherheit bezüglich der weiteren Wirtschaftsentwicklung drücken weiterhin auf die Investitionsnachfrage. Allerdings hat sich laut der Quartalsrechnung die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen im Jahresverlauf deutlich belebt, die Bauinvestitionen blieben hingegen rückläufig. Im Jahresdurchschnitt 2015 sollten die Investitionen in Ausrüstungen um 2.0 % gewachsen sein. Jene in Bauten sind hingegen das dritte Jahr in Folge geschrumpft (-1.5 %). Unter Berücksichtigung der Lagerveränderungen blieben die Bruttoinvestitionen gegenüber dem Vorjahr unverändert. Mit der weiteren Festigung der Konjunktur im Euroraum sollte sich die Investitionsdynamik im Prognosezeitraum verstärken. Für die Anlageinvestitionen wird in den nächsten beiden Jahren ein Wachstum von jeweils rund 2 % erwartet. Unterstützend wirken die günstigen Finanzierungsbedingungen, der steigende Bedarf an Ersatzinvestitionen und wohl auch die Wohnbauinitiative des Bundes. Erstmals seit drei Jahren sollten sich auch die Bauinvestitionen wieder ausweiten, das Wachstum wird aber weiterhin hinter dem der Ausrüstungen zurückbleiben.

Die Ausweitung des Welthandels hat sich im Jahresverlauf verlangsamt und ist im dritten Quartal fast zum Erliegen gekommen. Die äußerst schwache Handelsintensität geht primär auf die Entwicklung in den Schwellenländern zurück. Es finden sich auch Hinweise darauf, dass das Wachstum der globalen Wertschöpfungsketten in den letzten Jahren zum Stillstand gekommen ist. In den vergangenen Jahren kam es aufgrund der mittelfristig stärkeren Lohndynamik zu einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gegenüber den anderen Staaten im Euroraum. Die österreichische Exportwirtschaft verzeichnete nicht zuletzt deshalb in den letzten Jahren Marktanteilsverluste. Im Jahresdurchschnitt 2015 dürften die realen Exporte um 2.0 % zugelegt haben. Besonders positiv entwickelte sich dabei der Reiseverkehr. Von der Festigung der Konjunktur im Euroraum, einer allmählich stärker werdenden internationalen Investitionsgüternachfrage sowie dem schwächeren Euro sollte die österreichische Exportwirtschaft profitieren. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut für die kommenden beiden Jahre Zuwächse der Warenexporte von jeweils 4.5 %. Damit bleibt der Anstieg aber hinter dem langjährigen Durchschnitt zurück. Die gesamten Exporte laut VGR legen um 4.1 % bzw. 4.3 % zu. Im ablaufenden Jahr sind die Importe laut VGR mit 1.4 % etwas langsamer als die Exporte gewachsen. Mit der verbesserten Binnennachfrage und der höheren Exportdynamik belebt sich auch die Importtätigkeit (jeweils 4.3 %). Insgesamt liefern die Nettoexporte somit einen geringen positiven Wachstumsbeitrag.

Der Verfall der Energiepreise dämpft gegenwärtig den Preisauftrieb stärker als bisher erwartet. Für den Durchschnitt dieses Jahres geht das Institut nunmehr von einer Inflationsrate von 0.9 % aus. Mit dem Wegfall des Basiseffekts bei den Energiepreisen wird die Inflation im Verlauf des nächsten Jahres aber wieder etwas anziehen. Darüber hinaus dürften von der Steuerreform in geringem Umfang preistreibende Impulse (Mehrwertsteuererhöhung) ausgehen, die auf knapp 0.2 Prozentpunkte geschätzt werden. Von der Lohnstückkostenentwicklung geht hingegen kaum Preisdruck aus, sodass für den Jahresdurchschnitt 2016 nunmehr eine Inflationsrate von 1.5 % erwartet wird. 2017 könnte sich die Inflationsdynamik leicht verstärken (1.8 %). Diese Prognose impliziert eine merkliche Verringerung des Inflationsdifferenzials zum Euroraum.

Die verhaltende Konjunktur und das steigende Arbeitskräfteangebot waren 2015 die bestimmenden Faktoren am Arbeitsmarkt. Die Zunahme der Beschäftigung (0.9 %) reichte nicht aus, um das steigende Arbeitskräfteangebot zu absorbieren. Folglich ist die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 8.4 % auf 9.1 % gestiegen. Mit dem Anziehen der Konjunktur beschleunigt sich zwar die Beschäftigungsnachfrage (1.1 % bzw. 1.3 %), das Arbeitskräfteangebot wird sich aber deutlich stärker ausweiten als in der September-Prognose erwartet. Der ohnehin starke Zuwachs des Arbeitskräfteangebots aus dem Ausland wird durch den aktuellen Zustrom der Asylwerber verstärkt. Zusätzlich wirken die höhere Erwerbsneigung der Frauen und der Älteren expansiv, sodass auch die Zahl der heimischen Erwerbspersonen ansteigt. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut eine Arbeitslosenquote laut nationaler Definition von 9.5 % bzw. 9.8 % in den kommenden beiden Jahren. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird bis auf 6.0 % im Jahr 2017 klettern, ausgehend von 5.6 % im Vorjahr. Hierbei ist zu beachten, dass bei der Einschätzung der Arbeitsmarktintegration der Asylwerber große Unsicherheiten bestehen. Jedenfalls ist es Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, die Integration der Asylberechtigten zu fördern, was aber nicht zu Lasten der Bekämpfung der zunehmenden Langzeitarbeitslosigkeit gehen sollte.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird von der Budgetkonsolidierung, der Konjunktur und der im nächsten Jahr in Kraft tretenden Steuerreform geprägt. Zusätzlich führt der kräftige Zustrom von Asylwerbern zu höheren Ausgaben. Für das heurige Jahr wird weiterhin ein Defizit von 1.7 % erwartet. Im nächsten Jahr sollte die Defizitquote auf 2.1 % ansteigen. Neben den zusätzlichen Kosten aufgrund des starken Zustroms von Flüchtlingen ist aus Sicht des Instituts vor allem die zumindest kurzfristig nicht vollständig gegenfinanzierte Steuerreform für das höhere Defizit verantwortlich. 2017 sollte die Defizitquote wieder auf 1.7 % zurückgehen. In den Jahren 2016 und 2017 wird somit ohne zusätzliche Maßnahmen das Ziel eines strukturellen Nulldefizits nicht ganz erreicht. Die zusätzlichen Ausgaben für die Asylwerber und die nicht vollständig gegenfinanzierte Steuerreform liefern zwar kurzfristig positive Konjunkturimpulse, erhöhen aber die Staatsverschuldung. Mittelfristig sind daher verstärkte Anstrengungen notwendig, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen. In diesem Zusammenhang ist auch die Schaffung eines budgetären Spielraums für eine merkliche Senkung der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote und insbesondere der Lohnnebenkosten erforderlich. Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Wirtschaftsstandorts sind essenziell. Hierzu ist eine stärkere Gewichtung der produktiven staatlichen Investitionsausgaben (etwa für Bildung, Forschung und Entwicklung, Innovationsförderung) im Budget notwendig. Weitere Reformen sind angezeigt, um Effizienzpotenziale in der öffentlichen Verwaltung zu heben. Beispielsweise sollte die aktuell laufende Neuverhandlung des Finanzausgleichs dazu genutzt werden, durch Kompetenzentflechtungen und mehr Transparenz in den Finanzbeziehungen

zwischen Bund, Ländern und Gemeinden Einsparungen zu erzielen. Derzeit zeigen sich von den Reformen im Pensionsbereich erste positive Auswirkungen für die budgetäre Entwicklung, allerdings sind auch hier weitere Reformschritte notwendig.

Die Prognoserisiken bleiben hoch und sind vermehrt abwärts gerichtet. Das größte weltwirtschaftliche Risiko geht weiterhin von einer deutlich stärker als erwarteten Abschwächung der chinesischen Wirtschaft aus. Die erwartete Zinswende in den USA könnte Turbulenzen in den Schwellenländern auslösen. Die geopolitischen Spannungen (Ukraine, Syrien, Irak) und der globale Terrorismus halten die Unsicherheit der Wirtschaftsakteure hoch. Hinsichtlich der österreichischen Wirtschaftsentwicklung ist auch die Abschätzung der Effekte der Steuerreform mit beträchtlichen Unsicherheiten verbunden. Gegenwärtig ist das Konsumentenvertrauen sehr niedrig. Die Sparquote könnte daher stärker steigen als erwartet und damit die Konsumflaute prolongiert werden. Trotz positiver Anzeichen für eine Belebung der Investitionstätigkeit besteht immer noch das Risiko, dass das Unternehmervertrauen gering bleibt, lediglich Ersatzinvestitionen getätigt werden und die Bauinvestitionen nicht anziehen.

Wichtige Prognoseergebnisse

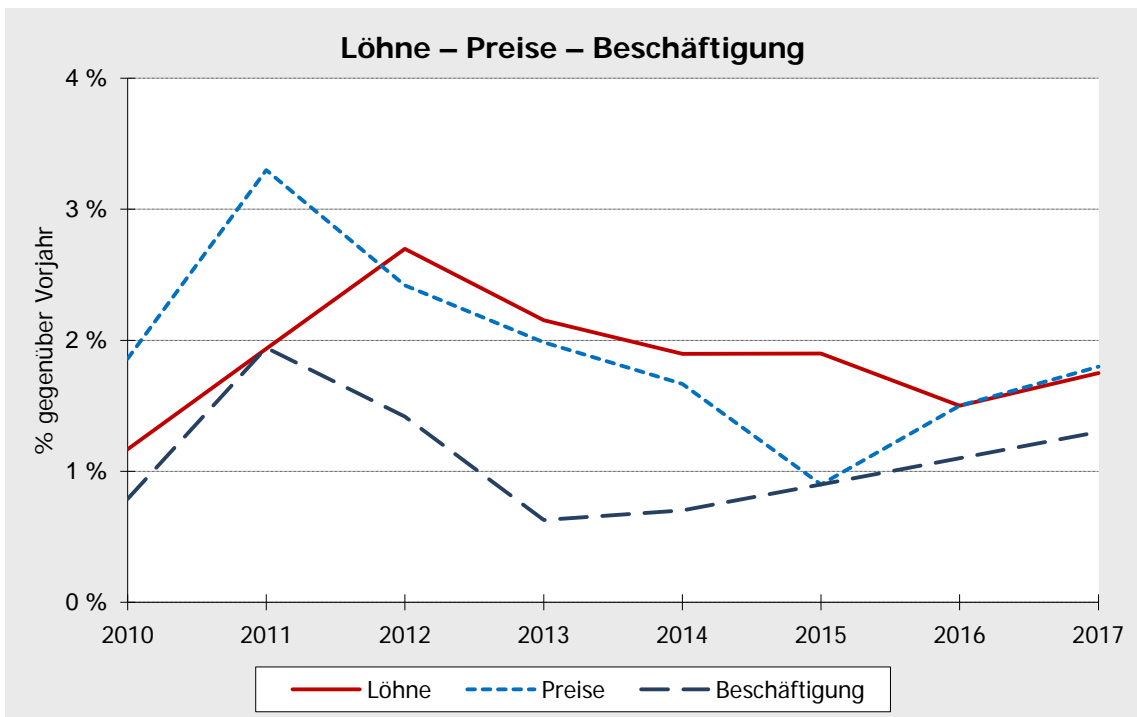
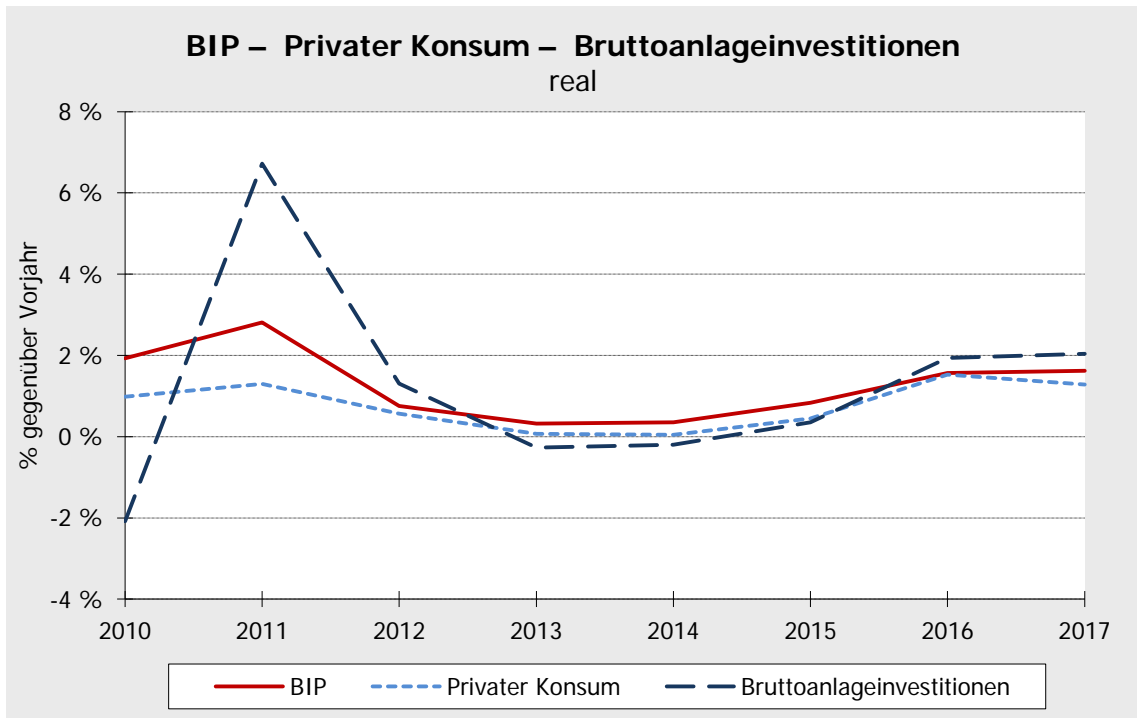
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2015	2016	2017
Bruttoinlandsprodukt, real	0.8	1.6	1.6
Privater Konsum, real	0.4	1.5	1.3
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	0.0	2.7	2.7
Bruttoanlageinvestitionen, real	0.4	1.9	2.0
Ausrüstungsinvestitionen, real	2.0	2.8	2.5
Bauinvestitionen, real	-1.5	1.0	1.5
Inlandsnachfrage, real	0.5	1.6	1.5
Exporte i.w.S., real	2.0	4.1	4.3
Waren, real (laut VGR)	1.9	4.5	4.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	3.8	0.5	1.0
Importe i.w.S., real	1.4	4.3	4.3
Waren, real (laut VGR)	1.8	4.5	4.3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-3.5	1.3	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0.8	1.1	1.3
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	9.1	9.5	9.8
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ^{*)}	5.7	5.9	6.0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	1.9	1.5	1.8
Preisindex des BIP	1.7	1.5	1.5
Verbraucherpreisindex	0.9	1.5	1.8
3-Monats-Euribor ^{*)}	-0.0	-0.1	0.1
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen ^{*)}	0.7	0.9	1.2

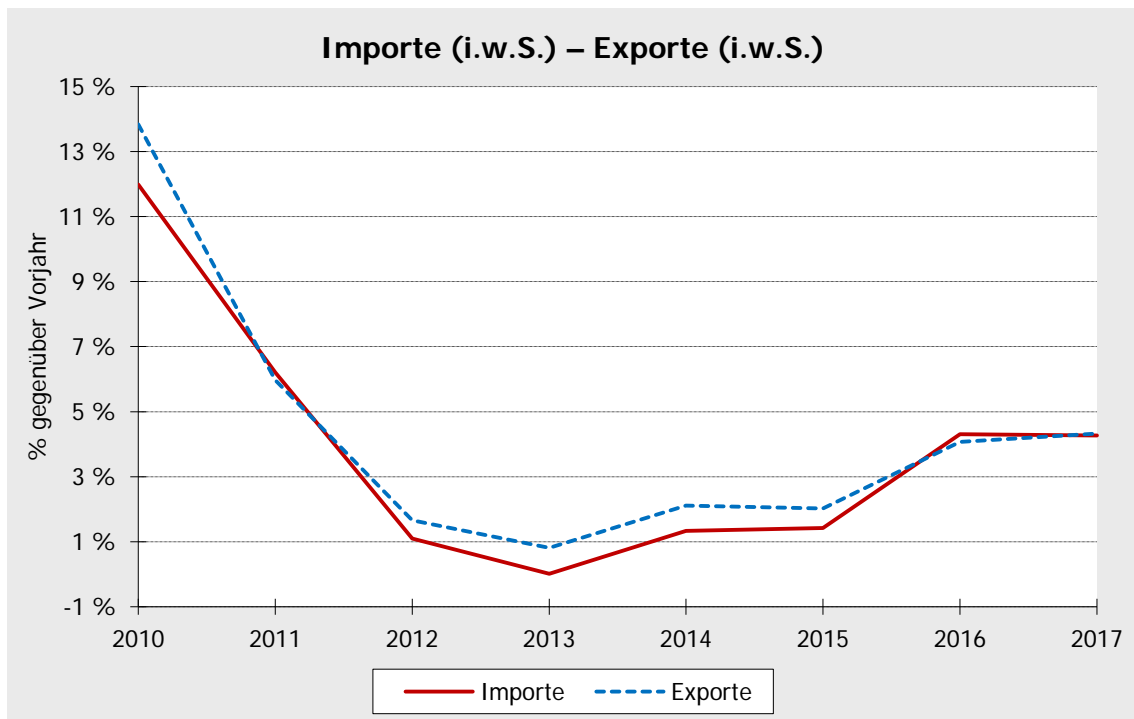
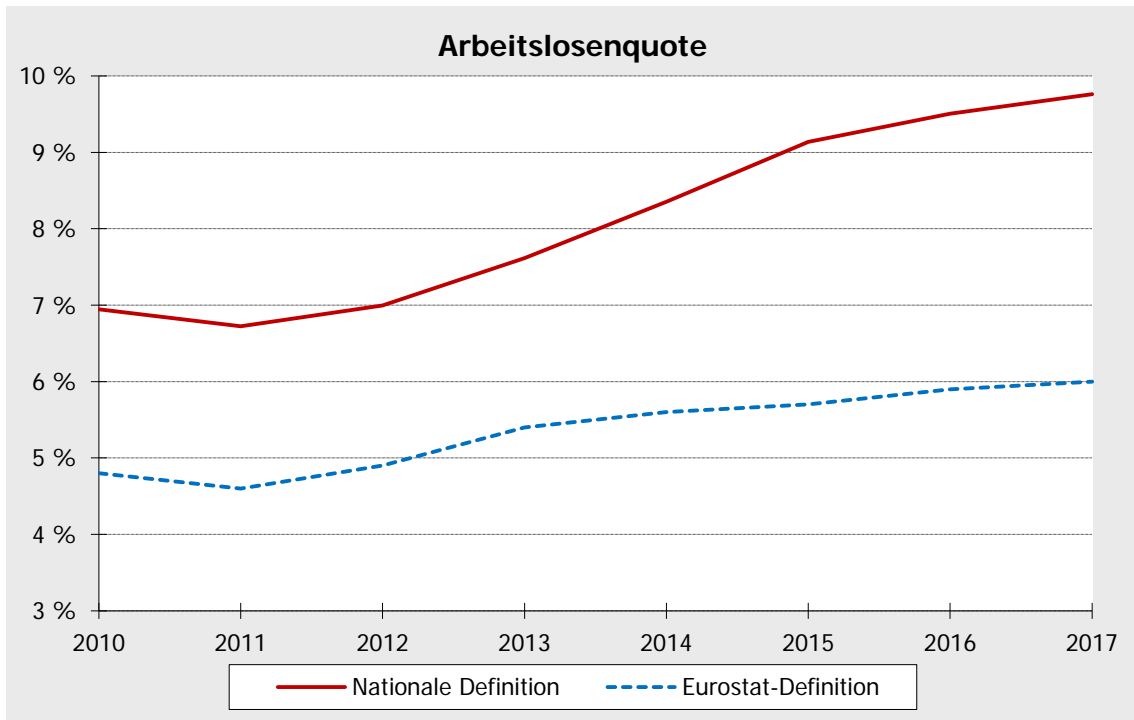
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

^{*)} absolute Werte

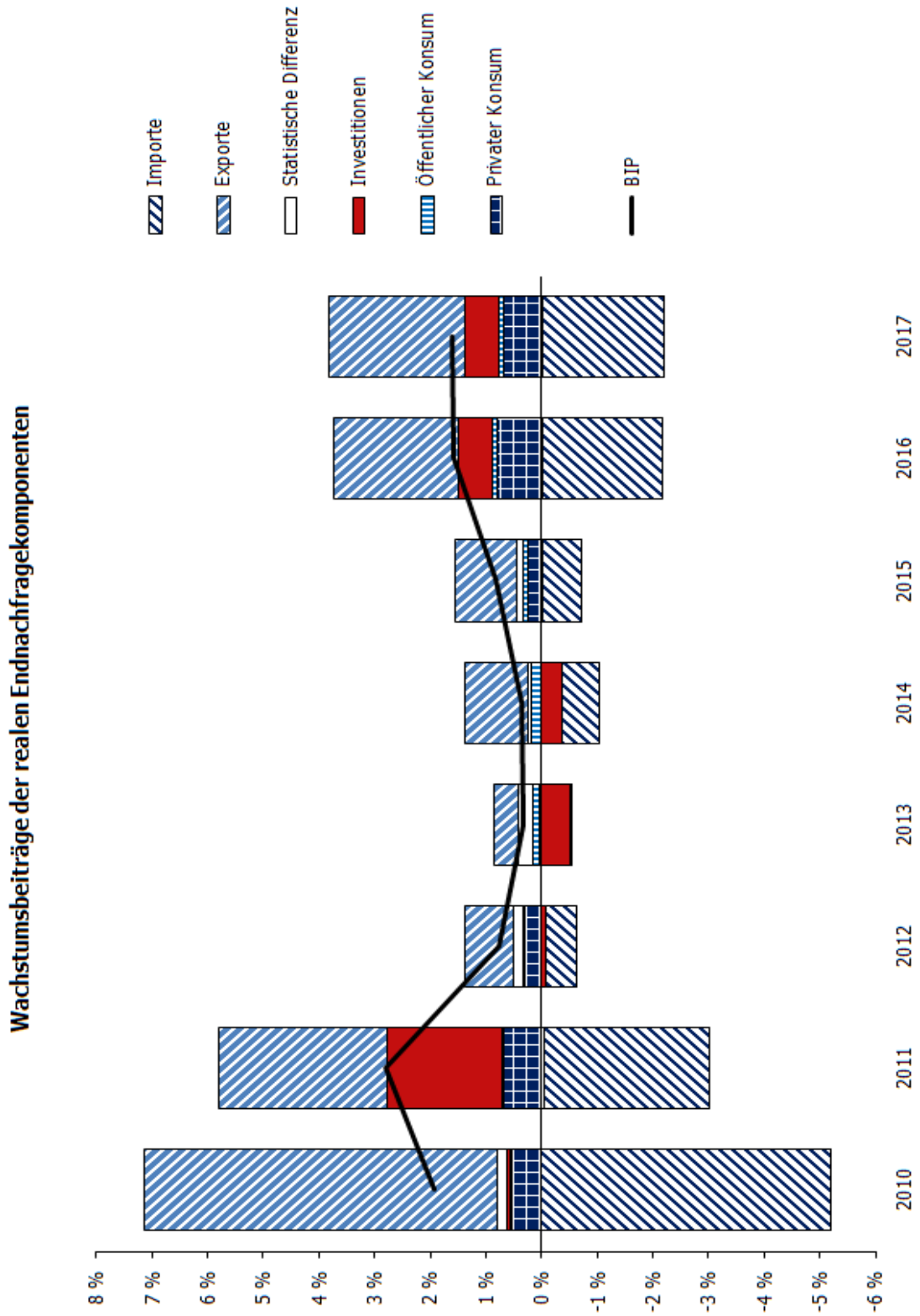
WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 3



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

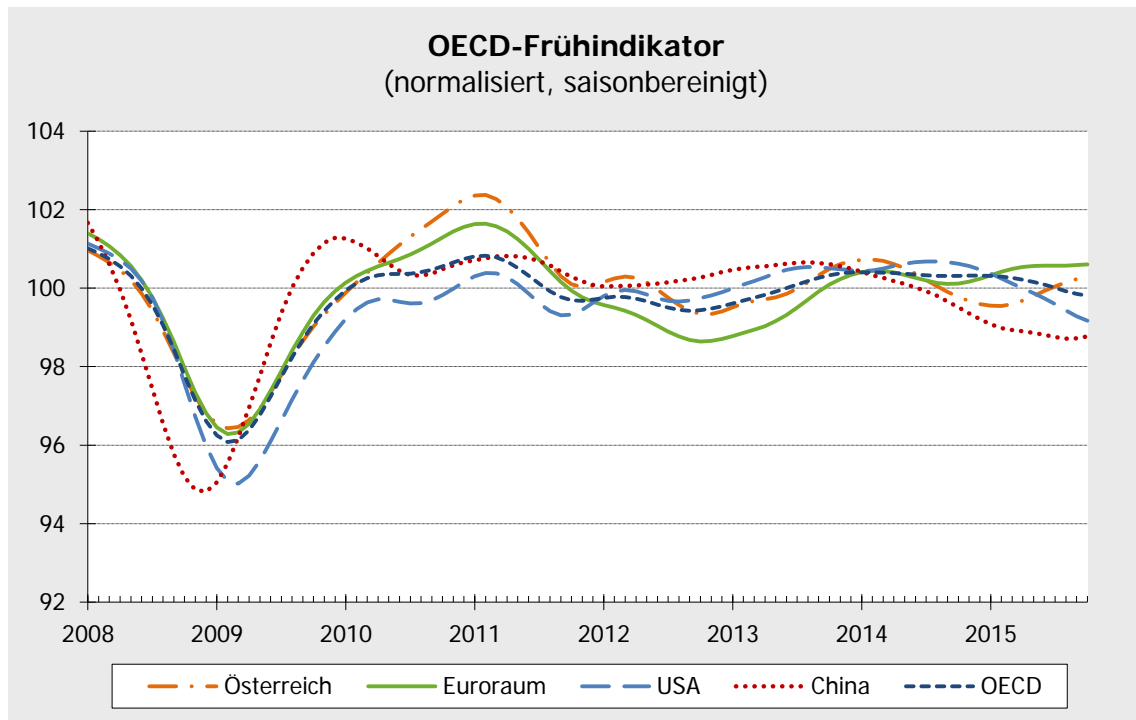
Das Wachstum der **Weltwirtschaft** bleibt auch am Jahresende 2015 schwach. Die Konjunktur wird weiterhin von der Investitionsschwäche gedämpft. In den Schwellenländern hemmt der Rohstoffpreisverfall das Wirtschaftswachstum und erhöht die öffentliche Verschuldung. Von den niedrigen Rohstoffpreisen gehen jedoch positive Impulse für die Industrieländer aus. Die Aufwertung des US-Dollar brachte für viele Länder eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit mit sich.

Gegenwärtig gibt es noch keine Anzeichen dafür, dass die Rohstoffpreise anziehen werden. Der Trend zu einer sehr niedrigen Inflation bleibt daher bestehen. Im Jahresverlauf 2016 könnten sich die Investitionen in die Realwirtschaft verstärken und so eine leichte Belebung des globalen Handels mit sich bringen. In den USA und in Europa entwickelte sich die Konjunktur weiterhin robust. Mit Ausnahme von Indien bleibt die Nachfrage in den Schwellenländern gedämpft (China) bzw. rückläufig (Russland und Brasilien). Für ein breiter abgestütztes globales Wachstum sind vermehrte Strukturreformen und eine verstärkte Investitionstätigkeit in der Realwirtschaft erforderlich.

Das Institut geht davon aus, dass in den Industrieländern der Expansionsgrad der Geldpolitik regional unterschiedlich verläuft. Die EZB wird nach wie vor an ihrer Niedrigzinspolitik festhalten, da die Inflation unter dem Zielwert bleibt und die Arbeitslosigkeit noch immer hoch ist. Zudem tätigt die EZB seit März 2015 Wertpapierkäufe im Ausmaß von monatlich 60 Mrd. Euro, die mindestens bis März 2017 fortgeführt werden sollen. Für die USA und das Vereinigte Königreich wird hingegen erwartet, dass eine Straffung der Geldpolitik einsetzt. Im Euroraum wird die Fiskalpolitik weiterhin neutral ausgerichtet sein. Der IWF empfiehlt Maßnahmen wie Investitionen in Infrastruktur und die Steigerung der Erwerbsquote zu forcieren und Hemmnisse für Unternehmen zu verringern.

Weiterhin bestehen geopolitische Risiken, deren Eintritt den Welthandel bremsen oder einen Anstieg der Energiepreise auslösen könnten. Eine Straffung der Geldpolitik in den USA könnte sich kurzfristig negativ auf die globale Finanzmarktstabilität auswirken. Eine stärkere Dollar-Aufwertung könnte in einigen Ländern einen importinduzierten Preisauftrieb bewirken.

Ein durchgreifender Aufschwung der Weltkonjunktur lässt derzeit noch immer auf sich warten. Der ifo Index für die Weltwirtschaft hat sich im Schlussquartal 2015 eingetrübt und liegt nun spürbar unter seinem langfristigen Durchschnitt. Die Lagebeurteilungen verschlechterten sich nur geringfügig, aber die Erwartungen fielen deutlich weniger positiv als im Vorquartal aus. Die drängendsten wirtschaftlichen Probleme sind den befragten Experten zufolge eine unzureichende Nachfrage und mangelndes Vertrauen in die Politik der Regierungen. Das Wirtschaftsklima in Europa, Nordamerika und Lateinamerika trübte sich vor allem aufgrund der weniger positiven Konjunkturerwartungen ein. Dagegen war in Asien, im Nahen Osten und in Afrika auch die Beurteilung der aktuellen Lage für die Verschlechterung ausschlaggebend. Ein deutlich optimistischeres Bild zeichnet der *JPMorgan Global Manufacturing & Services Purchasing Managers Index* für die Weltwirtschaft. Der Index stieg im November zum zweiten Mal in Folge kräftig an. Dabei haben sich die Wertschöpfung, die Auftragslage und die Beschäftigung verbessert. Der OECD-Frühindikator deutet auf eine weitere Festigung der Konjunktur im Euroraum hin.



Quelle: OECD

Mit einer kurzen Unterbrechung im Mai und Juni fielen die Rohstoffpreise bis zum Jahresende 2015 weiter. Im November lagen die Rohstoffpreise ohne Energie (laut IWF) um 18.2 % unter ihrem Vorjahresniveau. Der Ölpreis für die Sorte Brent fiel im November mit 45.1 US-Dollar auf ein Sieben-Jahres-Tief und lag damit um 43.1 % unter seinem Vorjahreswert. Wegen der ausreichenden Versorgung der Märkte mit Rohöl dürften die Preise kaum anziehen. Nach 53.5 US-Dollar pro Fass im Jahresdurchschnitt 2015 wird in dieser Prognose für die Jahre 2016 und 2017 ein Ölpreis von 51 bzw. 55 US-Dollar unterstellt. Nach 1.11 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2015 wird für 2016 und 2017 ein Wechselkurs von jeweils 1.06 USD/EUR erwartet.

Der Welthandel ist im Jahr 2015 um 1.3 % gewachsen, für 2016 und 2017 wird eine Zunahme um 3.0 % bzw. 3.5 % erwartet. In den OECD-Ländern wuchs das BIP 2015 um 2.1 %, für 2016 und 2017 wird ein Anstieg um jeweils 2.3 % unterstellt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU hat sich im Jahr 2015 um 1.7 % ausgeweitet, 2016 und 2017 wird sie voraussichtlich um 1.8 % bzw. 1.9 % zunehmen.

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) erwartet für Asien (ohne Japan) für 2015 und 2016 ein Wirtschaftswachstum von 5.8 % bzw. 6.0 %. In Indien dürfte das Wirtschaftswachstum knapp über 7 % liegen. Für China wird eine deutliche Wachstumsabschwächung erwartet und in den Tigerstaaten dämpft der schleppende globale Handel die Wirtschaftsentwicklung.

Die Wirtschaft in Lateinamerika wird im Jahr 2015 durchschnittlich nur um 0.5 % wachsen. Die brasilianische Wirtschaft leidet unter den niedrigen Rohstoffpreisen, und durch die Währungsabwertung wird die Schuldentrückzahlung erschwert. Neben der sehr schwachen Auslandsnachfrage dämpfen auch Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen, eine hohe Inflation und Arbeitslosigkeit das Wirtschaftswachstum. Am Jahresende schwächt sich jedoch der konjunkturelle Abwärtstrend ab. Im Jahr 2015 dürfte die Wirtschaftsleistung um 3.5 % zurückgegangen sein. Die Rezession wird sich

2016 etwas abschwächen. In Lateinamerika insgesamt könnten sich die Wirtschaftsbedingungen leicht verbessern.

Im Jahr 2015 beschleunigte sich die Konjunktur im **Euroraum**. Das BIP nahm voraussichtlich um 1.4 % zu. Der Konsum bildete die Stütze des Aufschwungs, da sich die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte aufgrund der verbesserten Arbeitsmarktlage deutlich aufhellten. Die Arbeitslosigkeit ging zurück und die Löhne stiegen. Es gingen aber auch konjunkturbelebende Effekte von den niedrigen Rohstoffpreisen, vom Euro-Dollar-Wechselkurs und vom Stimulierungsprogramm der EZB aus. Die Verbraucherpreise stagnierten 2015, was insbesondere auf die internationale Rohstoffpreisentwicklung zurückgeht. Die EZB verstärkte am Jahresende 2015 den Expansionsgrad der Geldpolitik noch etwas. So wurde das Wertpapierankaufsprogramm bis März 2017 verlängert. Im Jahr 2016 wird das BIP des Euroraums voraussichtlich um 1.6 % wachsen. Die Konsumausgaben bleiben robust und die Investitionstätigkeit könnte sich im Jahresverlauf etwas verstärken. Die Exporte bleiben dynamisch. Wegen des Wegfalls des Basiseffekts bei den Energiepreisen, des schwächeren Euro und der besseren Konjunktur dürfte die Inflation steigen. Die EU-Kommission erwartet, dass die zusätzlichen öffentlichen Ausgaben aufgrund des Flüchtlingszustroms konjunkturstimulierend wirken.

Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum

	2015	2016	2017
BIP-Wachstum (%)	1.4	1.6	1.7
Arbeitslosenquote (%)	10.9	10.4	10.1
Inflation HVPI (%)	0.0	1.2	1.6

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Das BIP des Euroraums wuchs im dritten Quartal 2015 zum Vorquartal um 0.3 % und gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.6 %. Alle Hauptkomponenten des BIP legten zu, die stärkste Dynamik wiesen die Exporte auf. Im vierten Quartal dürfe sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik verstärkt haben. Die Arbeitslosenquote sinkt weiter und die Preise beginnen zu steigen. Im Oktober ging die Arbeitslosenquote auf 10.7 % zurück, den niedrigsten Stand, der seit Jänner 2012 im Euroraum verzeichnet wurde. Die höchste Arbeitslosigkeit hatte Griechenland mit 26.6 % (im August). Die niedrigste Quote wies Deutschland mit 4.5 % auf. Die Jahresinflationsrate im Euroraum, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), betrug im Oktober 0.1 %. Dabei verzeichneten Zypern (-1.8 %) und Slowenien (-1.1 %) die deutlichsten Rückgänge der Verbraucherpreise. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Malta (1.6 %) und Belgien (1.2 %) am stärksten. Die Vorausschätzung von Eurostat ergibt für die Inflationsrate im Euroraum im November ebenfalls einen Wert von 0.1 %.

Die vorlaufenden Indikatoren deuten darauf hin, dass die Konjunktur im Euroraum in den kommenden Monaten belebt bleibt. Der *Markit Eurozone Composite Index* vermeldete für November für die Teilindizes für Produktion, Auftragseingang und Beschäftigung ein Vier-Jahres-Hoch. Der *Economic Sentiment Indicator* der Europäischen Kommission blieb hingegen zum Vormonat unverändert. Der Stimmungsaufhellung in der Baubranche und im Dienstleistungssektor sowie dem steigenden Konsumentenvertrauen wirkte die Stimmungsverschlechterung in der Güterverarbeitenden Industrie entgegen. Der ifo Index für die Wirtschaft im Euroraum gab im vierten Quartal 2015 etwas nach,

lag aber weiterhin deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt. Während sich die Beurteilungen zur Lage weiter aufhellten, trübten sich die Erwartungen für die nächsten sechs Monate weiter ein.

2.2 Länderprognosen

Im Jahr 2015 blieb die Konjunktur in den **USA** mit einem BIP-Wachstum von 2.5 % gefestigt. Der private Konsum trug wesentlich zum Wachstum bei, denn der Beschäftigungs- und Einkommenszuwachs sowie die niedrigen Energiepreise erhöhen die Kaufkraft der privaten Haushalte. Der starke US-Dollar und der Preisverfall bei Rohöl dämpfen jedoch die Exporte und die Investitionstätigkeit im Energiesektor. Die Verbraucherpreise stiegen kaum und die Arbeitslosigkeit nahm weiter ab. Aufgrund der robusten Konjunktur und der guten Arbeitsmarktlage zieht die Fed eine Anhebung der *Federal Fund Rate*, deren Zielband derzeit bei 0 % und 0.25 % liegt, am Jahresende 2015 in Betracht. Die Wirtschaft der USA wird 2016 voraussichtlich um 2.6 % wachsen. Der private Konsum, mit einem Anteil von knapp 70 % an der gesamten Wirtschaftsleistung, wird die Stütze der Konjunktur bleiben. Auch die Exporte könnten sich im Jahresverlauf wieder verstärken. Wegen des Wegfalls des Basiseffekts bei den Energiepreisen wird die Inflation wieder anziehen. Die Zinsen könnten dann weiter steigen. Der Abbau der niedrigen Arbeitslosigkeit wird sich verlangsamen.

Das BIP der USA stieg im dritten Quartal 2015 zum Vorquartal um 0.5 %, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es um 2.2 % zu. Die Zuwächse beim privaten und öffentlichen Konsum blieben robust. Die Investitionstätigkeit schwächte sich vor allem wegen des starken Lagerabbaus ab. Von der Außenwirtschaft gingen keine Wachstumsimpulse aus. Nach Rückgängen im August und September legten die Verbraucherpreise im Oktober im Jahresabstand um 0.1 % zu. Die Arbeitslosenquote blieb im November mit 5.0 % zum Vormonat unverändert. Im Schlussquartal dürfte sich die konjunkturelle Entwicklung in einem ähnlichen Tempo fortgesetzt haben.

Der vom *Institute for Supply Management* veröffentlichte Einkaufsmanagerindex gibt seit Ende 2014 nach und rutschte im November unter die Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Im Dienstleistungssektor bleibt die Wachstumsdynamik belebt. Positiver wird die Wirtschaftslage vom *Conference Board Leading Economic Indicator* beurteilt. Der Index legte nach Rückgängen im August und September im Oktober wieder kräftig zu. Gestützt wurde der Anstieg von der Entwicklung auf den Finanzmärkten sowie den Baugenehmigungen.

In **Japan** wuchs die Wirtschaft 2015 um 0.6 %. Die konjunkturelle Festigung in der zweiten Jahreshälfte wurde primär von der Auslandsnachfrage getragen, denn die Yen-Abwertung gegenüber dem US-Dollar begann zu greifen. Die stärkste Nachfrage kam aus den USA, während die Exporte in die EU und nach Asien eher schleppend verliefen. Die Binnennachfrage entwickelte sich sehr verhalten. Ein dauerhafter konsumgetriebener Aufschwung war bislang nur in Ansätzen zu erkennen. Die ursprünglich für vergangenen Herbst geplante Anhebung der Mehrwertsteuer wurde daher ausgesetzt. Die Preissteigerungen lagen 2015 deutlich unter dem Inflationsziel von 2 %. Von den niedrigen Rohstoffpreisen werden positive Impulse auf die Wirtschaftsentwicklung erwartet. Die *Bank of Japan* hält daher am Jahresende an ihrer expansiven Geldpolitik fest und setzt den Kauf von Anleihen und Wertpapieren im Ausmaß von jährlich 80 Billionen Yen fort. Sie wird die Stimulationsmaßnahmen solange fortsetzen, bis das Inflationsziel von 2 % erreicht wird. Die Maßnahmen der öffentlichen Hand (Infrastrukturprojekte und Finanzierungshilfen für Unternehmen) bleiben aufrecht. Im Jahr 2016 wird sich die Konjunktur mit einem BIP-Wachstum von voraussichtlich 1.0 % beleben. Der private Konsum könnte sich aufgrund von vereinbarten Lohnerhöhungen in der Privat-

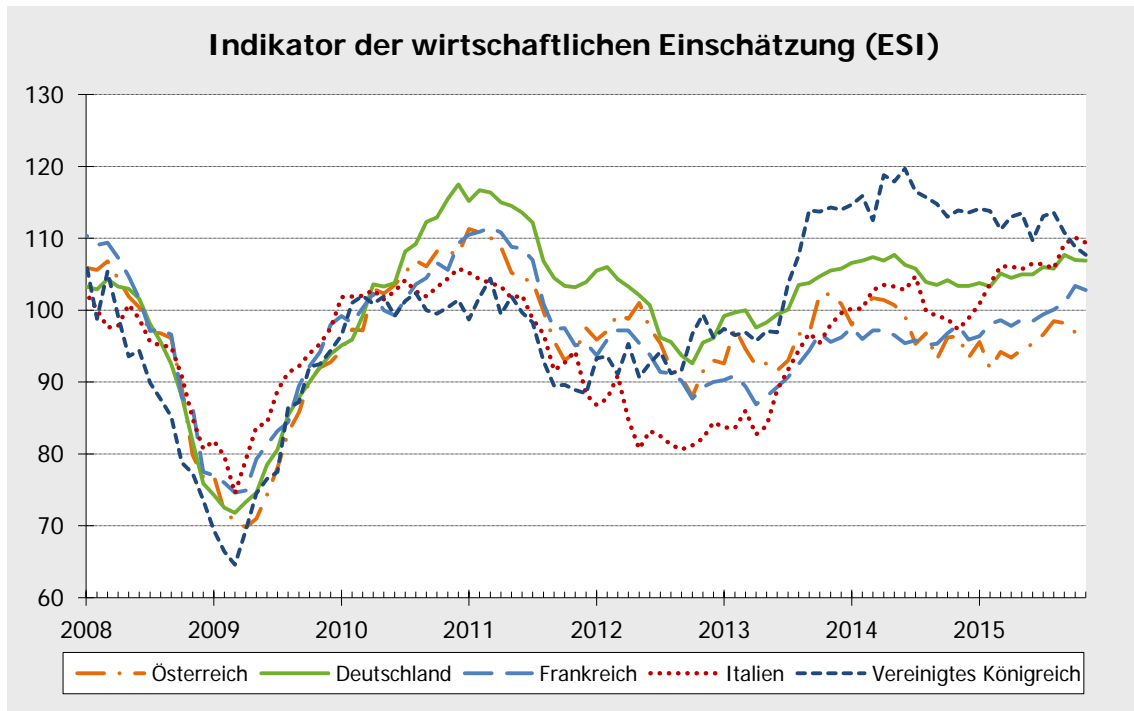
wirtschaft und durch die geplante Erhöhung des Mindestlohns verstärken. Die solide Auslandsnachfrage könnte die Unternehmen dazu veranlassen, wieder mehr in Ausrüstungsgüter zu investieren, und im Bausektor dürfte sich die rückläufige Entwicklung abschwächen.

Das japanische BIP stieg im dritten Quartal 2015 zum Vorquartal um 0.3 %, gegenüber dem Vorjahresquartal wuchs es um 1.7 %. Nach einem Rückgang im Vorquartal hat sich die Konjunktur wieder verbessert. Zuwächse verzeichneten der private Konsum, die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte. Wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer im April des Vorjahres lag die Inflation im März noch bei 2.4 %. Seit dem Wegfall dieses Effektes kommt es kaum noch zu Preissteigerungen. So betrug die Inflation im Oktober nur 0.3 %. Seit September nimmt die Industrieproduktion wieder Fahrt auf. Positive Signale gehen auch von der Einkommensentwicklung der privaten Haushalte aus. Im Schlussquartal dürfte die Wirtschaft daher gewachsen sein. Vorlaufende Indikatoren deuten darauf hin, dass die Konjunktur in den kommenden Monaten belebt bleibt. Nach einer Schwächephase im Februar und März stieg der *Markit/JMMA Japan Composite Index* kontinuierlich an. Im November lag er mit 52.3 Punkten über der Wachstumsschwelle. Der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie lag über dem Teilindex für den Dienstleistungssektor.

In der **Volksrepublik China** schwächte sich 2015 das Wirtschaftswachstum voraussichtlich auf 6.7 % ab. Überkapazitäten und steigende Lohnstückkosten in der Industrie, hohe lokale Schulden und der Nachfragerückgang am einst boomenden Immobilienmarkt dämpfen die Konjunktur. Wegen der engen Bindung des Yuan an den US-Dollar hat die starke Aufwertung des US-Dollar eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft gegenüber Japan und dem Euroraum mit sich gebracht. Die Inflation schwächte sich 2015 weiter ab. Die Verwerfungen am Finanzmarkt und die schwache Konjunktur veranlassten die *Bank of China* dazu, den Referenzzinssatz im Oktober auf 4.35 % zu senken. Das BIP-Wachstum dürfte sich 2016 mit 6.4 % weiter abschwächen. Der private Konsum dürfte belebt bleiben und die Investitionstätigkeit könnte sich verstärken. Auch die Exporte werden wieder leicht anziehen. Aufgrund der wachsenden Importnachfrage wird sich jedoch der Außenbeitrag verschlechtern. Die Inflation wird moderat bleiben und den Zielwert von 3 % nicht erreichen. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Jahren setzt die Umsetzung der geplanten Reformen im Bankenwesen und bei den staatseigenen Unternehmen voraus. Auch sollte die Regierung die Förderung von Investitionen in die Infrastruktur und die Beschleunigung des Schulden-Swap-Programms weiter vorantreiben. Der Marktzugang für ausländische Unternehmen soll erleichtert, der Schutz von geistigem Eigentum verstärkt sowie ein offenes, transparentes und faires Marktumfeld geschaffen werden.

Das chinesische BIP wuchs im dritten Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahresquartal um 6.9 % und somit zum ersten Mal seit der weltweiten Finanzkrise um weniger als 7 %. Der Dienstleistungssektor entwickelte sich robust und konnte die Schwächen in der Güterverarbeitenden Industrie abfedern. Nachfrageseitig stützen der private Konsum und öffentliche Investitionen in die Infrastruktur die Konjunktur. Die Exporte legten zum ersten Mal seit drei Quartalen wieder zu. Im vierten Quartal dürfte die Wirtschaft moderat gewachsen sein. Die Inflation schwächte sich im Oktober auf 1.3 % ab. Die Industrieproduktion sowie die Investitionen wuchsen langsamer, lediglich im Einzelhandel verbesserte sich die Nachfrage. Die gedämpfte Stimmung bei den Unternehmen lässt erwarten, dass die Konjunktur in den kommenden Monaten weiterhin schleppend verlaufen wird. Der Einkaufsmanagerindex (PMI) des britischen Bankhauses HSBC, der sich seit Juni 2014 im Wachstumsbereich befand, rutschte im August wieder in den negativen Bereich. Wegen der Stabilisierung

der Lage in der Güterverarbeitenden Industrie stieg der Index im November knapp über die Wachstumsschwelle.



Quelle: Europäische Kommission

In **Deutschland** hat das Wirtschaftswachstum 2015 voraussichtlich 1.7 % ausgemacht. Die Konjunktur wurde vor allem von einer starken Nachfrage im Inland angetrieben, denn die gute Arbeitsmarktlage und die kräftigen Zuwächse des realen verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte haben den Konsum beflügelt. Das Auslandsgeschäft entwickelte sich hingegen gedämpft. Die zurückliegende Euro-Abwertung sollte zwar die Exporte stimulieren, dieser Effekt kam wegen der schwachen Konjunktur in vielen Schwellenländern wie China, Brasilien und Russland aber nicht zum Tragen. In der Güterverarbeitenden Industrie entwickelte sich daher die Produktion nur verhalten. Der Dienstleistungssektor profitierte hingegen von der starken Inlandsnachfrage. So wuchsen die Steuereinnahmen auf ein Rekordhoch. Die Inflation lag bei nahe Null und die Arbeitslosigkeit ging weiter zurück. Die gute Grundverfassung der Wirtschaft wird auch in den nächsten beiden Jahren zum Tragen kommen. Im Jahr 2016 dürfte das Wirtschaftswachstum abermals 1.7 % betragen. Nach einer Schwächephase zu Jahresbeginn werden sich im Jahresverlauf die Exporte sowie die Ausrüstungsinvestitionen wieder verstärken. Die Bauwirtschaft sollte weiterhin von den niedrigen Zinsen profitieren. Die Preise werden voraussichtlich wieder anziehen.

Das deutsche BIP wuchs im dritten Quartal 2015 gegenüber dem Vorquartal um 0.3 %, im Vorjahresvergleich legte es um 1.7 % zu. Die staatliche Flüchtlingshilfe und der private Konsum haben die Konjunktur gestützt. Nach einer kräftigen Belebung im Vorquartal schwächte sich jedoch das Exportwachstum merklich ab und die Investitionstätigkeit ging zurück. Im Oktober verharrte die Arbeitslosenquote auf 4.5 %. Nach einem Preisrückgang im Vormonat stieg im Oktober die Jahresinflation auf 0.2 %. Im Schlussquartal dürfte sich die Konjunktur etwas beschleunigt haben, und die aktuellen Stimmungsindikatoren zeichnen für die kommenden Monate ein durchgehend optimistisches Bild.

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft setzt seinen Aufwärtstrend, der Ende 2014 begann, weiter fort. Im November verbesserten sich die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage und auch der Optimismus mit Blick auf die zukünftigen Geschäfte nahm zu. Die deutsche Wirtschaft zeigt sich von der zunehmenden weltweiten Unsicherheit und dem Skandal bei Volkswagen unbeeindruckt. Auch die Anschläge von Paris haben sich bislang in den Daten nicht negativ bemerkbar gemacht. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) erklärte, dass der VW-Abgasskandal dem Ansehen der deutschen Wirtschaft insgesamt bisher nicht gravierend geschadet hat. Die generelle Nachfrageabschwächung in China schlägt jedoch auf die Investitionsbereitschaft durch, laut einer Umfrage will nur noch jedes dritte deutsche Unternehmen in den nächsten zwölf Monaten mehr investieren. Nach einer Abschwächung in der ersten Jahreshälfte legt der Markt Einkaufsmanagerindex seit Juni wieder zu und erreichte im November 55,2 Punkte. Auch die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland haben sich im November nach sieben Rückgängen in Folge wieder verbessert. Die robuste deutsche Konjunktur dürfte sich insbesondere auf die derzeitige Konsumfreude der Haushalte, den erneut gesunkenen Außenwert des Euro und die voranschreitende Erholung in den Vereinigten Staaten stützen. Seit Sommer sinkt die Stimmung der privaten Haushalte, die Anschaffungsneigung bleibt jedoch robust. Laut GfK-Umfrage lässt der anhaltend starke Zustrom von Asylwerbern den Konjunkturoptimismus weiter schwinden und dämpft die Einkommenserwartungen der Haushalte. Dagegen verstärkte sich die Konsumneigung im November.

Im Jahr 2015 betrug in **Italien** das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 0,7 %. Ende 2014 ging die Rezession zu Ende. Im Jahr 2015 wurde die konjunkturelle Entwicklung vom schwachen Euro und den niedrigen Rohstoffpreisen stimuliert. Die Kreditnachfrage wurde laut *Bank of Italy* vom Stimulierungsprogramm der EZB begünstigt. Zusätzlich stützt der eingeleitete Reformprozess die Wirtschaftsentwicklung. Der Budgetplan der italienischen Regierung sieht Steuersenkungen für Unternehmen und Personen mit niedrigen Einkommen vor. Dabei nahm der private Konsum merklich zu. Die Investitionstätigkeit konnte jedoch durch diese Maßnahmen nicht angekurbelt werden. Die Arbeitslosigkeit nahm im Jahresverlauf ab und die Verbraucherpreise blieben im Jahresdurchschnitt unverändert. Im Jahr 2016 wird das Wirtschaftswachstum 1,0 % ausmachen. Der private und der öffentliche Konsum werden wesentlich zum Wirtschaftswachstum beitragen. Während die Ausrüstungsinvestitionen nicht mehr weiter sinken dürften, bleibt im Bausektor die Investitionsbereitschaft verhalten. Die Exporte dürften erst in der zweiten Jahreshälfte eine schwach positive Entwicklung aufweisen. Die Inflation wird geringfügig zunehmen. Die Arbeitslosenquote könnte leicht sinken. Die vorrangigen Ziele der Regierung bleiben auch im kommenden Jahr die Umsetzung von Arbeitsmarktreformen (Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit) und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Im dritten Quartal 2015 wuchs das italienische BIP gegenüber dem Vorquartal um 0,2 %, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es um 0,8 % zu. Zum dritten Mal in Folge gingen von der Inlandsnachfrage positive Impulse aus. Der Außenhandel hat hingegen das gesamtwirtschaftliche Wachstum gebremst. Die Inflation betrug im Oktober 0,3 %. Mit einer Arbeitslosenquote von 11,5 % setzte sich die Stabilisierung am Arbeitsmarkt fort. Im vierten Quartal dürfte die konjunkturelle Entwicklung ähnlich verlaufen sein. In den kommenden Monaten wird sich die Konjunktur weiter verbessern. Seit Anfang 2015 befindet sich der Markt Einkaufsmanagerindex im Wachstumsbereich, mit einer anhaltend stark ansteigenden Tendenz. Im November stieg der Teilindex für die Güter-

verarbeitende Industrie über jenen für den Dienstleistungssektor. Laut ISTAT erzielte im November der Index für die Güterverarbeitenden Industrie den höchsten Stand seit 2011, das Konsumtenvertrauen stieg sogar auf den höchsten Stand seit 13 Jahren. Die *Bank of Italy* erwartet, dass 2016 die Kreditnachfrage der privaten Haushalte und Unternehmen steigen wird.

In **Frankreich** betrug das Wirtschaftswachstum 2015 voraussichtlich 1.1 %. Nachdem in den vergangenen Jahren Steuererhöhungen die Binnennachfrage gedämpft und der starke Euro die Exporte geschwächt hatte, gingen 2015 von der Ölpreis- und der Wechselkursentwicklung sowie vom Stimulierungsprogramm der EZB positive Impulse aus. Die Ausrüstungsinvestitionen verstärkten sich im Jahresverlauf und der Rückgang bei den Bauinvestitionen schwächte sich ab. Die Exporte legten zu, jedoch führte die bessere Inlandskonjunktur zu einem Anstieg der Importe. Die Nachfrage der privaten Haushalte verstärkte sich im Vergleich zu den Vorjahren. Wie in den Nachbarländern, so gab es auch in Frankreich kaum Preissteigerungen. Trotz der guten Konjunktur verschlechterte sich jedoch die Lage am Arbeitsmarkt. Im Jahr 2016 sollte sich die Konjunktur mit einem BIP-Wachstum von 1.4 % leicht beschleunigen. Positive Impulse werden von der Inlandsnachfrage erwartet, und auch die Exporte könnten sich verstärken. Wegen der Importentwicklung wird sich jedoch die Außenbilanz weiter passivieren. Die Verbraucherpreise werden leicht anziehen. Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit ist auch 2016 unwahrscheinlich.

Das französische BIP wuchs im dritten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorquartal um 0.3 %, gegenüber dem Vorjahr legte es um 1.2 % zu. Der private und der öffentliche Konsum sowie die Ausrüstungsinvestitionen verstärkten sich, während die Exporte sanken. Die Jahresinflation betrug im Oktober 0.2 % und die Arbeitslosigkeit verharrte mit einer Quote von 10.8 % zum dritten Mal in Folge auf einem Rekordhoch. Im vierten Quartal dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage etwas abgeschwächt haben. Im November gab der *Markit France Composite Index* etwas nach, nachdem er in den zwei Vormonaten gestiegen war. Die Dynamik im Dienstleistungssektor schwächte sich etwas ab, der Teilindex für die Güterproduktion verharrte zum dritten Mal in Folge knapp über der Wachstumsschwelle. Der INSEE Geschäftsklimaindikator für die Güterverarbeitende Industrie, den Bau- und den Dienstleistungssektor, erzielte noch im Oktober ein Vier-Jahres-Hoch. Die Impulse gingen vor allem von den Dienstleistungen aus. Das Verbrauchervertrauen (INSEE) blieb im November zum Vormonat unverändert und lag somit weiterhin unter seinem langjährigen Durchschnittswert. Wegen der Terroranschläge in Paris dürften die Verbraucher jedoch im November weniger ausgegeben haben.

Im **Vereinigten Königreich** wuchs die Wirtschaft 2015 um voraussichtlich 2.4 %. Nach einer Schwächephase zu Jahresbeginn verstärkte sich die konjunkturelle Entwicklung wieder. Die treibende Kraft ging von der Inlandsnachfrage aus. Mit der niedrigen Inflation stieg das Realeinkommen und belebte die Konsumnachfrage. Die Aufwertung des Pfund gegenüber dem Euro dämpfte hingegen die Exportchancen der Industrie und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Die *Bank of England* beabsichtigt daher, den Leitzinssatz von 0.5 % vorerst unverändert zu belassen, und setzt auch ihr Anleihekaufprogramm unverändert fort. Im Jahr 2016 wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 2.3 % ausmachen. Die Inlandsnachfrage bleibt dabei sehr dynamisch und die Auslandsnachfrage könnte sich etwas verstärken. Die Inflation wird voraussichtlich anziehen, was nicht nur auf das Auslaufen des Ölpreiseffekts zurückgeht, denn Preisdruck wird auch von steigenden Arbeitnehmerentgelten ausgehen. Die Zinsen könnten Mitte 2016 zu steigen beginnen. Risiken für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gehen von der hohen Verschuldung der Haushalte

und von der schwachen Exportnachfrage aus, wodurch das Leistungsbilanzdefizit beträchtlich zunehmen könnte.

Die Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreichs nahm im dritten Quartal 2015 zum Vorquartal um 0.5 % und zum Vorjahresquartal um 2.3 % zu. Den größten Zuwachs gab es bei den Staatsausgaben und bei den Bauinvestitionen. Auch der private Konsum blieb robust. Ein negativer Wachstumsbeitrag kam hingegen von der Außenwirtschaft. Die Arbeitslosigkeit fiel mit 5.3 % auf den niedrigsten Stand seit 2008. Die Verbraucherpreise sanken im September im Jahresabstand um 0.2 %. Im vierten Quartal könnte sich die Konjunktur etwas beschleunigt haben, was auf eine verbesserte Dynamik in der Güterverarbeitenden Industrie zurückgeht. In den kommenden Monaten dürfte die Inlandsnachfrage belebt bleiben, gestützt von Lohnerhöhungen und einer niedrigen Inflation. Der *Markit/CIPS UK Manufacturing & Services PMI* erzielte im März einen Höchststand. In den folgenden Monaten setzte eine Abschwächung ein, die bis September anhielt. Im Oktober und November legte der Index wieder beträchtlich zu, wobei sich auch in der Güterverarbeitenden Industrie die Dynamik verstärken konnte. Laut KPMG beschleunigte sich im November die Zuwachsrate bei den Neueinstellungen und erzielte ein Sieben-Jahres-Hoch. Am stärksten stieg die Zahl der Vollzeitbeschäftigten.

Die Wirtschaft der **Schweiz** ist 2015 voraussichtlich um 0.8 % gewachsen. Nach einer soliden konjunkturellen Entwicklung bis zum Jahresende 2014 haben sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Nach der Aufhebung des Mindestkurses von 1.20 Franken pro Euro durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) am 15. Jänner 2015 und der darauf folgenden Aufwertung des Schweizer Franken verschlechterten sich die Wachstumsaussichten für die exportorientierte Wirtschaft. Als Reaktion senkte die SNB das Zielband für den Dreimonats-Libor auf -1.25 % bis -0.25 %. Zwar beeinträchtigt die Aufwertung die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Firmen, die aufgehellten Konjunkturperspektiven für Europa und die solide Nachfrage aus den USA milderten diesen negativen Effekt aber. Die Inlandsnachfrage blieb robust, denn der private Konsum wurde von der Preisentwicklung gestützt. Im Jahr 2016 wird das BIP-Wachstum 1.3 % betragen. Der private Konsum wird zulegen. Die Verbraucherpreise werden voraussichtlich weiter sinken. Der Transformationsprozess in der Industrie wird andauern, denn die Anpassungen an die neuen Währungsverhältnisse zwingen die Unternehmen zu Kostensenkungen und Produktivitätssteigerungen.

Das BIP der Schweiz stagnierte im dritten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorquartal, im Vorjahresvergleich legte es um 0.6 % zu. Als Wachstumsstützen erwiesen sich der private und der öffentliche Konsum sowie die Außenwirtschaft. Eine Bremswirkung ging hingegen von den Bauinvestitionen und vom Lagerabbau aus. Die Verbraucherpreise sanken im November zum Vorjahr um 1.4 %. Im Zuge der Frankenaufwertung nahm die Arbeitslosigkeit zu. Die Konjunkturaussichten für die Schweizer Wirtschaft haben sich zuletzt etwas eingetrübt. Der Rückgang des KOF Konjunkturbarometers im November geht maßgeblich auf die deutliche Eintrübung der Stimmung in der Industrie zurück. Geringe negative Effekte gingen auch von den Indikatoren zur Exportentwicklung aus. Im Gegensatz dazu haben die Indikatoren zum Baugewerbe das Barometer gestützt. Neutrale Signale kamen aus den Bereichen Finanzwirtschaft und Gastgewerbe. Somit lag das KOF Konjunkturbarometer erstmals seit April wieder klar unterhalb des langjährigen Durchschnitts. Eine bessere Dynamik zeigt der Einkaufsmanagerindex der *Credit Suisse*, der die Entwicklungen in der

Güterverarbeitenden Industrie abbildet. Der Index rutschte zu Jahresbeginn deutlich ab, erholte sich in der Folge aber wieder und lag seit September an der Wachstumsschwelle.

Im Prognosezeitraum dürfte die Konjunktur in den **mittel- und osteuropäischen Ländern** weiter robust bleiben. Die guten Wachstumsaussichten in der EU, anhaltend niedrige Zinsen, die geringe Inflation, welche die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkt, sowie der schwächere Euro dürften die Konjunktur stützen. Nachfrageseitig gehen von den Investitionsvorhaben weiterhin Konjunkturimpulse aus. Diese dürften aber moderat bleiben, da die Absorption von EU-Mitteln aus dem Haushalt 2007–2013 mit Ende 2015 abgeschlossen ist und am Anfang der neuen Förderperiode die Anzahl der neuen Projekte, die sich in der Implementierungsphase befinden, kleiner ist. Dabei sind weitere private Investitionen, insbesondere bei den KMUs, notwendig, um das überdurchschnittliche Wachstumstempo in diesen Ländern aufrecht halten zu können. Um die Stimmung der privaten Investoren positiv zu beeinflussen, sollten die mittel- und osteuropäischen Länder ihre Reformanstrengungen hinsichtlich Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, Erhöhung der Verlässlichkeit der rechtlichen Rahmenbedingungen und Vereinfachung der Verwaltungsverfahren intensivieren. Da der Konsum und die Investitionen einen relativ hohen Importanteil aufweisen, dürften die Importe in den mittel- und osteuropäischen Ländern zunehmen und den Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum verringern. Alles in allem ist eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den MOEL-5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) um 3.5 % in diesem Jahr und um 3.1 % bzw. 3.0 % in den kommenden zwei Jahren zu erwarten.

In **Ungarn** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 2.3 % gegenüber dem Vorjahr und um 0.6 % gegenüber dem Vorquartal. Dabei verlangsamte der starke Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion das Expansionstempo. Das Wachstum wurde hauptsächlich vom privaten und öffentlichen Konsum und der Auslandsnachfrage getragen. Infolge der ausgeweiteten Produktionskapazitäten in der Automobilindustrie und der starken Verflechtung mit der deutschen Industrie expandierten die Exporte stärker als die Importe. Dagegen verringerten sich sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen. Die Inflationsrate erhöhte sich auf 0.2 % im Oktober. Die Arbeitslosenquote lag im September bei 6.5 % und damit deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die verbesserten Arbeitsmarktaussichten, infolge einer dynamischen Entwicklung des privaten und öffentlichen Sektors, die niedrigen Zinsen und die Senkung der proportionalen Einkommensteuer (*flat tax*) um einen Prozentpunkt auf 15 % ab Anfang 2016 stützen heuer und im nächsten Jahr die Konjunktur. Die langsamere Absorption von EU-Fördermitteln am Anfang der neuen Förderperiode dürfte das Investitionswachstum auch noch im nächsten Jahr dämpfen. 2017 dürfte sich die Investitionstätigkeit etwas beleben. Das BIP-Wachstum sollte heuer 2.6 % und in den darauf folgenden Jahren jeweils 2.5 % betragen.

Die Wirtschaft in **Polen** expandierte im dritten Quartal mit 3.7 % zum Vorjahresquartal bzw. 0.9 % gegenüber dem Vorquartal weiter kräftig. Steigende Löhne und Beschäftigung sowie niedrige Zinsen und Inflation ermöglichten eine moderate Zunahme des privaten Konsums. Die Ausrüstungsinvestitionen und die durch günstige Immobilienkredite gestützten dynamischen Hochbauinvestitionen trugen ebenfalls zum Wachstum bei. Begünstigt durch den schwachen Złoty, war der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum positiv. Die Inflation verringerte sich in den letzten Monaten, im Oktober stieg sie aber auf 0.1 %. Die Arbeitslosenquote lag im Oktober mit 7.0 % um 1.3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Der private Konsum und die Investitionen dürften die Konjunktur in der Prognoseperiode weiter stützen. Wegen der dynamischen Entwicklung der Inlands-

nachfrage und des hohen Importanteils der Exporte dürfte sich der Beitrag der Nettoexporte zum Wachstum verringern. Nach einer Zunahme um voraussichtlich 3.6 % heuer dürfte das Wirtschaftswachstum infolge einer starken Inlands- und Auslandsnachfrage in den folgenden zwei Jahren 3.4 % bzw. 3.5 % betragen.

In **Tschechien** nahm die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 0.5 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im Vorjahresvergleich erhöhte sie sich um 4.5 %. Aufgrund der starken Absorption der verbliebenen Mittel aus dem EU-Haushalt 2007–2013 expandierten die Investitionen in die Transportinfrastruktur kräftig. Der öffentliche Konsum erhöhte sich stark und stützte so wie die Nettoexporte das Wachstum. Der private Konsum leistete infolge steigender verfügbarer Einkommen und niedriger Inflation einen, wenngleich moderaten, Beitrag zur BIP-Expansion. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober 4.7 %. Die Verbraucherpreise blieben auf dem Vorjahresniveau. Nach einer erwarteten starken Expansion um 4.5 % heuer, dürfte die Wirtschaft Tschechiens in den nächsten zwei Jahren wegen der langsameren Entwicklung der öffentlichen Investitionen mit 2.8 % 2016 und 2.5 % 2017 moderat wachsen.

Gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres erhöhte sich das BIP in der **Slowakei** im dritten Quartal um 3.6 %, gegenüber dem Vorquartal um 0.9 %. Das Wachstum wurde von der Inlands- und Auslandsnachfrage getragen. Dynamisch entwickelten sich sowohl die Investitionen als auch der öffentliche Konsum. Der private Konsum erhöhte sich infolge von Arbeitsmarktreformen, wie die Erhöhung des Mindestlohns und die Senkung der Sozialbeiträge bei niedrigen Einkommen. Aufgrund der kräftigen Binnennachfrage nahmen die Importe stark zu, der Beitrag der Nettoexporte zum Wachstum blieb noch leicht positiv. Die Inflation belief sich im Oktober auf 0.1 %. Die Arbeitslosenquote betrug 10.7 % und lag damit um 1.8 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Das Wirtschaftswachstum wurde heuer von Infrastrukturinvestitionen (unterstützt durch die verstärkte Absorption der restlichen EU-Strukturfondsmittel aus dem Haushalt 2007-2013) stimuliert. Infolgedessen wird für das heurige Jahr mit einem BIP-Wachstum von 3.2 % gerechnet. Mit steigender Beschäftigung und zunehmendem Realeinkommen dürfte die Expansion der Wirtschaftsaktivität in den nächsten zwei Jahren, trotz einer Verlangsamung der öffentlichen Investitionen, jeweils 3.2 % betragen.

Im dritten Quartal nahm die Wirtschaftsleistung in **Slowenien** um 0.4 % zum Vorquartal und um 2.1 % im Vorjahresvergleich zu. Die Nettoexporte und der private Konsum trugen das Wachstum. Während die Investitionen in Maschinen und Geräte stark zunahmen, verringerte sich das Volumen der Bauinvestitionen, sodass der Beitrag der Anlageinvestitionen zum Wachstum negativ wurde. Im Oktober blieben die Verbraucherpreise unverändert zum Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote betrug 9.1 % und lag damit um 0.3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Nach einem erwarteten Anstieg um 2.4 % im heurigen Jahr dürfte das BIP-Wachstum in den Jahren 2016 und 2017 jeweils 2.3 % betragen. Zunehmende Beschäftigung, steigende Löhne, ein erhöhtes Konsumentenvertrauen sowie eine Erholung des Wohnungsmarktes infolge eines verstärkten Kreditangebots werden zur Beschleunigung des privaten Konsums führen. Schwächere von der EU kofinanzierte öffentliche Investitionen dürften das BIP-Wachstum hingegen etwas dämpfen.

In **Rumänien** erhöhte sich das BIP im dritten Quartal 2015, trotz eines starken Rückgangs der Landwirtschaft, um 3.6 % (5.5 % ohne Landwirtschaft) im Vorjahresvergleich bzw. um 1.4 % (1.9 % ohne Landwirtschaft) gegenüber dem Vorquartal. Sowohl der private Konsum als auch die

Investitionen trugen das Wachstum. Die Nettoexporte wiesen hingegen einen negativen Beitrag zum Wachstum auf, da sich die dynamische Inlandsnachfrage in steigenden Importen niederschlug. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober 6.8 % und blieb damit im Jahresabstand unverändert. Im November wurde erneut eine negative Inflation (-1.1 %) verzeichnet. Für 2016 und 2017 sind Senkungen der Mehrwertsteuer um insgesamt 5 Prozentpunkte, eine Erhöhung des Mindestlohns sowie spürbare Gehaltserhöhungen im öffentlichen Sektor geplant. Dadurch weitet sich das Haushaltsdefizit aus, dürfte aber unter der 3-Prozent-Marke bleiben. Nach einem erwarteten BIP-Wachstum um 3.7 % in diesem Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung 2016 und 2017 infolge eines kräftigen privaten Konsums, gestützt durch steigende Realeinkommen, um 3.9 % bzw. 3.5 % expandieren.

Im dritten Quartal beschleunigte sich das Wachstum in **Bulgarien** mit einer Zunahme um 2.9 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bzw. 0.7 % gegenüber dem Vorquartal. Die Expansion wurde von den Nettoexporten und dem öffentlichen Konsum getragen. Der Beitrag der Ausrüstungsinvestitionen wurde hingegen negativ. Die Inflationsrate betrug im Oktober -0.2 %. Die Arbeitslosenquote lag im Oktober mit 9.5 % um 1.1 Prozentpunkte unter dem Vorjahrsniveau. Mit steigender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit bekommt der private Konsum in der Prognoseperiode neue Impulse. Die besseren Wachstumsaussichten im Euroraum und der schwächere Euro, an den der bulgarische Lev gekoppelt ist, dürften die Exporte stützen. Nach einem erwarteten BIP-Wachstum von 2.5 % heuer dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2015 und 2016 um 2.3 % bzw. 2.5 % zunehmen.

In **Kroatien** erhöhte sich das BIP im dritten Quartal um 2.7 % gegenüber dem Vorjahresquartal und um 1.3 % gegenüber dem Vorquartal. Die Nettoexporte und die Inlandsnachfrage trugen positiv zum Wachstum bei. Dabei entwickelten sich die Exporte von Tourismusdienstleistungen besonders dynamisch. Die Investitionen erhöhten sich im Vergleich zum Vorquartal und der Konsum belebte sich aufgrund höherer verfügbarer Einkommen infolge der Steuerreform. Im Oktober sank die Inflationsrate auf -0.3 % und die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 15.8 % (-1.9 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich). Infolge einer verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit sowie günstiger Wachstumsaussichten in der EU sind in der Prognoseperiode positive Impulse für die Exportwirtschaft zu erwarten. Im Jahr 2015 dürfte die Wirtschaftsleistung um 1.5 % zunehmen. In den Jahren 2016 und 2017 dürfte das BIP aufgrund einer Belebung der Investitionen, kofinanziert durch die EU, um 1.2 % bzw. 1.6 % expandieren.

In **Russland** war die Wirtschaftsleistung in den ersten drei Quartalen stark rückläufig. Das BIP nahm im Vorjahresvergleich infolge kräftiger Rückgänge von Investitionen und privatem Konsum um 3.7 % ab. Im dritten Quartal nahm die Wirtschaftsleistung um 4.1 % ab. Vor dem Hintergrund der hohen geopolitischen Unsicherheit blieb die Stimmung bei den Unternehmen von Zurückhaltung geprägt. Zusätzlich erschwerten die Sanktionen den Zugang russischer Unternehmen zu den internationalen Kapitalmärkten. Um den Verfall des Erdölpreises zu kompensieren, wurden die Exporte von Erdöl und Erdölprodukten stark ausgeweitet. Die schwache Binnennachfrage führte in Kombination mit einer protektionistischen Politik zu einem massiven Rückgang der Importe, sodass die Nettoexporte das Wachstum stützten. Expansiv wirkte die Erhöhung der Staatsausgaben. Trotz der Rezession betrug die Arbeitslosenquote im Oktober lediglich 5.5 %. Die Inflationsrate blieb mit 15 % im November trotz der konjunkturellen Talfahrt hoch. Für 2016 und 2017 wird mit einem allmählichen Rückgang der Inflation auf 8 % bzw. 6 % gerechnet.

Angesichts der erheblichen gesamtwirtschaftlichen Belastungen ist mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 3.7 % in diesem Jahr zu rechnen. Die hohe Unsicherheit und die zunehmende Kapitalknappheit dürften die private Investitionstätigkeit in der Prognoseperiode dämpfen. Der private Konsum sollte 2016 wegen sinkender Realeinkommen und höherer Zinsen für Konsumkredite zurückgehen. Nach der starken Erhöhung 2015 wird für das nächste Jahr mit rückläufigen Exporten von Erdöl und Erdölprodukten gerechnet. Dagegen könnten die noch stärker schrumpfenden Importe zu einem positiven Wachstumsbeitrag der Nettoexporte führen. Laut jüngsten Schätzungen der russischen Regierung dürfte der Anstieg der Staatsausgaben im nächsten Jahr unter den Inflationserwartungen bleiben und somit das BIP-Wachstum moderat stützen. Das Budget für 2016 sieht ein Budgetdefizit von 3 % des BIP vor, was die Beanspruchung der Reservefonds notwendig machen wird. Zusätzlich schränkt die schwache Entwicklung des Ölpreises den Spielraum der öffentlichen Haushalte deutlich ein. Alles in allem ist ein Rückgang des russischen BIP um 1.0 % im nächsten Jahr zu erwarten. Mit dem Einsetzen einer wirtschaftlichen Erholung rechnet die russische Regierung erst Mitte 2016. Die Wirtschaftsleistung könnte 2017 bei einer Stabilisierung des Ölpreises um 1.0 % zunehmen.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2013	2014	2015	2016	2017
Welthandel	2.6	3.3	1.3	3.0	3.5
BIP, real					
Deutschland	0.3	1.6	1.7	1.7	1.8
Italien	-1.8	-0.4	0.7	1.0	1.4
Frankreich	0.6	0.2	1.1	1.4	1.5
Vereinigtes Königreich	2.1	2.9	2.4	2.3	2.3
Schweiz	1.8	1.9	0.8	1.3	1.5
USA	1.5	2.4	2.5	2.6	2.5
Japan	1.6	-0.1	0.6	1.0	0.8
China	7.7	7.3	6.7	6.4	6.0
Polen	1.3	3.3	3.6	3.4	3.5
Slowakei	1.4	2.5	3.2	3.2	3.2
Tschechien	-0.5	2.0	4.3	2.8	2.5
Ungarn	1.9	3.7	2.6	2.5	2.5
Slowenien	-1.1	3.0	2.4	2.3	2.3
MOEL-5*)	1.0	3.0	3.5	3.1	3.0
Bulgarien	1.3	1.6	2.5	2.3	2.5
Rumänien	3.5	2.8	3.7	3.9	3.5
Kroatien	-0.9	-0.4	1.5	1.2	1.6
Russland	1.3	0.6	-3.7	-1.0	1.0
Euroraum	-0.3	0.9	1.4	1.6	1.7
NMS-6**)	1.4	2.8	3.5	3.1	3.0
EU-28	0.2	1.4	1.7	1.8	1.9
OECD	1.2	1.9	2.1	2.3	2.3
Österreichische Exportmärkte	3.1	2.8	3.0	4.0	4.5
USD/EUR Wechselkurs***)	1.33	1.33	1.11	1.06	1.06
Rohölpreis (Brent)***)****)	109.0	99.3	53.5	51.0	55.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

**) NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

***) absolute Werte

****) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die Entwicklung in der österreichischen Außenwirtschaft blieb auch 2015 gedämpft. Nach einem schwachen Start zu Jahresbeginn verstärkte sich die Dynamik im Jahresverlauf. Die Exportwirtschaft profitierte von der Abwertung des Euro. Darüber hinaus belebte die konjunkturelle Festigung in den Nachbarländern, insbesondere in Italien, die österreichischen Exporte. Dämpfend wirkte sich hingegen die weltweit sehr verhaltene Investitionstätigkeit aus. Die Warenexporte wiesen daher ein moderates Wachstum auf. Die Tourismusexporte entwickelten sich hingegen deutlich dynamischer als im Vorjahr. Von der erwarteten Festigung der Weltkonjunktur im kommenden Jahr sollte die österreichische Exportwirtschaft profitieren. In den Jahren 2016 und 2017 wird die Handelsbilanz einen leichten Überschuss ausweisen.

Die nominellen Warenexporte laut Statistik Austria stiegen im dritten Quartal 2015 im Vorjahresvergleich um 3.8 %. Mit einem Zuwachs von 2.5 % blieb die Exportdynamik im Jahresdurchschnitt 2015 noch immer sehr schwach. Im Zuge der Aufhellung der Auslandsnachfrage ist für 2016 mit einem Exportwachstum von 5.3 % zu rechnen. Das Wachstumstempo wird sich 2017 etwas verstärken. Im Jahr 2016 werden die Warenimporte aufgrund der stärkeren Binnennachfrage und der höheren Handelsdynamik wieder steigen (5.1 %), nach einer Stagnation (0.2 %) 2015. Für das Jahr 2017 wird ein Importwachstum von 5.6 % erwartet.

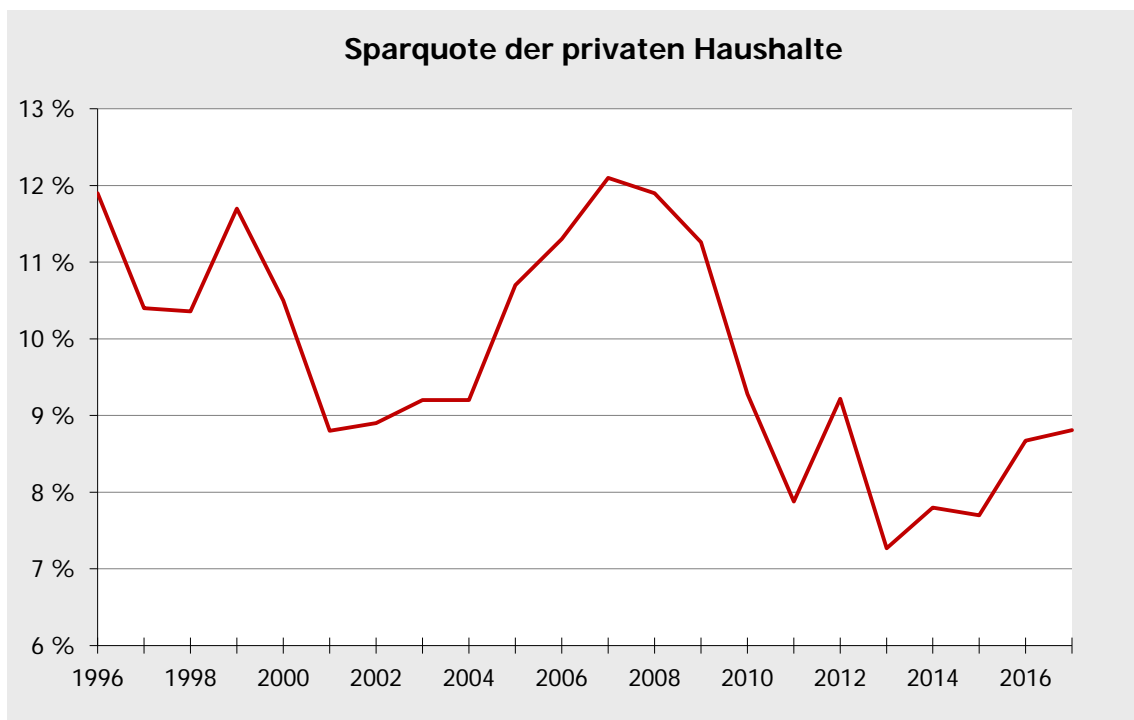
Einer guten Wintersaison und einer ausgezeichneten Zwischensaison folgte in der österreichischen Tourismuswirtschaft im dritten Quartal 2015 ein Nächtigungszuwachs von ausländischen Gästen um 4.7 %. Das Nächtigungsplus bei den Reisenden aus den USA und Asien blieb nach wie vor am höchsten. Auch die Nächtigungen von Reisenden aus dem Vereinigten Königreich, Dänemark und Schweden legten stark zu. Der Anstieg geht hauptsächlich auf die guten Witterungsbedingungen in Österreich zurück. Durch die Franken-Stärke wurde Österreich im Vergleich zur Schweiz als Reiseziel attraktiver. Im Schlussquartal 2015 dürfte der schwächere Euro die Auslandsnachfrage in der österreichischen Tourismuswirtschaft weiterhin gestützt haben. Im Jahr 2015 könnten die nominellen Reiseverkehrsexporte einen Zuwachs von 5.3 % erzielt haben. In den Jahren 2016 und 2017 wird sich die Lage in der österreichischen Tourismuswirtschaft mit Wachstumsraten von 2.5 % bzw. 2.8 % jedoch wieder abschwächen. Für die Reiseverkehrsimporte werden Zuwächse um 3.3 % bzw. 3.0 % erwartet, nach einem Rückgang um 0.8 % im Jahr 2015.

Nach einem Wachstum der **realen Exporte** i. w. S. laut VGR von 2.0 % im Jahr 2015 wird für 2016 eine Zunahme um 4.1 % erwartet. Im Jahr 2017 werden sie um 4.5 % zulegen. Nach 1.9 % im Jahr 2015 wird sich das Wachstum der realen Warenexporte in den Jahren 2016 und 2017 auf jeweils 4.5 % beschleunigen. Mit der verhaltenen Exportdynamik und der gedämpften Binnennachfrage blieb die Importnachfrage schwach. Die **realen Importe** i. w. S. laut VGR werden in den Jahren 2016 und 2017 um jeweils 4.3 % zunehmen, nach 1.4 % im Jahr 2015. Für die realen Warenimporte ist in den Jahren 2016 und 2017 mit einem Anstieg um 4.5 % bzw. 4.3 % zu rechnen.

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im ablaufenden Jahr kam die Konsumtätigkeit der Haushalte nur langsam in Schwung. Im ersten Halbjahr schien sie überhaupt noch in der Stagnation zu verharren, vorläufige Werte für das dritte Quartal weisen jedoch eine etwas stärkere Aktivität aus. Während die früher oft als Konjunkturindikator verwendeten Pkw-Neuzulassungen anhaltend schwach bleiben, zeigen die monatlichen Umsatzstatistiken aus dem Einzelhandel bereits deutlicher nach oben. Eine weitere Stärkung der Nachfrage der Haushalte im traditionell wichtigen Weihnachtsquartal könnte die Overtüre für eine nachhaltige Belebung der privaten Konsumnachfrage darstellen. Im kommenden Jahr bietet die Verbesserung der Einkommenssituation durch die Steuerreform ohnehin ein überzeugendes Motiv, bei Anschaffungen weniger Zurückhaltung zu üben.

Der **private Konsum** wächst im nächsten Jahr real um 1.5 %, im Folgejahr um 1.3 %. Im ablaufenden Jahr expandierten reale Konsumausgaben ebenso wie verfügbare Realeinkommen noch um bloße 0.4 %, woraus sich eine annähernd konstante Haushaltssparquote errechnet. Im kommenden Jahr lässt die Steuerreform die verfügbaren Realeinkommen der Haushalte um 2.7 % zunehmen. Dies sollte es ihnen erlauben, gleichzeitig ihre Sparziele zu verfolgen und einen erhöhten Bedarf an Waren und Diensten zu befriedigen. Das stärkste Konsumwachstum seit 2006 wird von einer steigenden Haushaltssparquote begleitet, wie sie für Steuerreformjahre typisch ist. Im Jahr 2017 wird die Konsumdynamik dem Realeinkommenswachstum von 1.5 % annähernd folgen, und die Sparquote wird nur mehr wenig zunehmen.



Die obige Grafik zeigt die Abfolge von Aufbauphasen und Einbrüchen in der Entwicklung der **Haushaltssparquote** seit 1996. Das Institut geht davon aus, dass die österreichischen Haushalte auf die bevorstehende Steuerreform ähnlich reagieren werden wie auf die vorletzte Steuerreform in den Jahren 2004/2005. Damals wurden die außergewöhnlichen Einkommenszuwächse etwa zur Hälfte

in Konsum umgesetzt, zur anderen Hälfte angespart. Auch diesmal ist das Realeinkommenswachstum von 2.7 % fast doppelt so stark wie die Konsumexpansion von 1.5 %, und die Sparquote erhöht sich innerhalb eines Jahres um 0.9 Prozentpunkte. 2017 setzt sich der allmähliche Aufbau der Haushaltssparquote fort, die Marke von 9 % wird dann fast erreicht. Außer kurzfristigen Reaktionen auf Einkommensänderungen und der Orientierung an Sparzielen sind statistisch keine anderen Reaktionen belegbar: weder die Arbeitslosenquote noch die Staatsverschuldung beeinflussen das Konsumverhalten der österreichischen Haushalte signifikant.

Das relativ kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** wird oft gemeinsam mit dem privaten Konsum behandelt. Im Prognosezeitraum wächst dieses Aggregat jährlich real um etwas über 2 %.

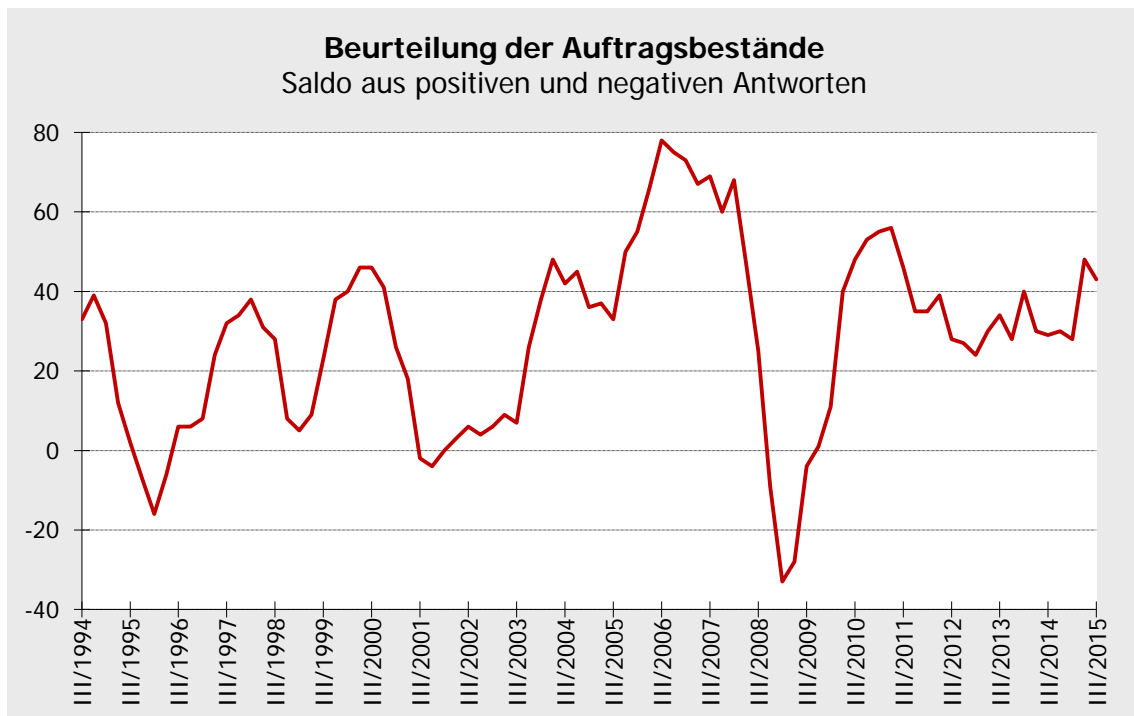
Die Bruttoanlageinvestitionen trugen im dritten Quartal zur Konjunkturerholung bei. Positiv war insbesondere die Dynamik bei den Investitionen in Maschinen und andere Ausrüstungsgüter. Die Wohnbauinvestitionen sanken dagegen weiter. Die Entwicklung im Jahresverlauf lässt jedoch auch für dieses Investitionssegment ein baldiges Durchschreiten der Talsohle erwarten.

Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen sowie Forschung und Entwicklung) sind im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 1.9 % gestiegen, was vor allem auf einen Anstieg um 4.4 % im dritten Quartal zurückzuführen ist. Insbesondere die Investitionen in Maschinen und andere Ausrüstungsgüter weisen im bisherigen Jahresverlauf eine positive Tendenz auf, aber auch in Fahrzeuge wurde nach markanten Rückgängen im ersten und zweiten Quartal zuletzt wieder mehr investiert. Besonders kräftig wurden im Durchschnitt der ersten neun Monate die Käufe von Gütern der Informations- und Kommunikationstechnik ausgeweitet, auch wenn sich hier das Wachstum im dritten Quartal etwas verlangsamt. Auch die saisonbereinigten Werte zeigen eine Belebung der Investitionstätigkeit im Jahresverlauf.

Die Konjunkturbelebung in den Industrieländern stützt die Sachkapitalbildung im Prognosezeitraum. Die mehrere Jahre anhaltende Investitionszurückhaltung hat darüber hinaus zu einem Rückstau an Erneuerungsinvestitionen geführt, der nun allmählich abgearbeitet werden dürfte. Zudem bleibt das Finanzierungsumfeld günstig. Im Gefolge der weiterhin sehr expansiven Geldpolitik werden die langfristigen Zinssätze in Österreich nur allmählich steigen. In der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft gaben darüber hinaus die Banken an, dass die Richtlinien für Unternehmenskredite im vierten Quartal nur marginal gestrafft werden sollen. Aufgrund hoher Geldvermögensbestände verfügen die Unternehmen auch über gute Innenfinanzierungsmöglichkeiten. Trotz dieses positiven Umfelds dürfte die Investitionsbelebung hinter den Wachstumsraten früherer Aufschwungphasen zurückbleiben. Dafür spricht, dass die bereits unterdurchschnittliche Kapazitätsauslastung zuletzt sogar weiter gesunken ist. Zudem äußern sich die Unternehmen in einer Branchenumfrage der Industriellenvereinigung zurückhaltend hinsichtlich ihrer Auftragslage und Produktionsplanung. Alles in allem geht das Institut davon aus, dass die Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2016 und 2017 um 2.8 % bzw. 2.5 % zulegen werden, nach 2.0 % im zu Ende gehenden Jahr.

Vor dem Hintergrund der Konjunkturschwäche in vielen Schwellenländern und angesichts fallender Preise für wichtige Rohstoffe und Materialien wie Rohöl oder Stahl stieg der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen in Durchschnitt der ersten drei Quartale 2015 nur um 0.8 %. Das Institut erwartet für den Prognosezeitraum weitgehend stabile Rohstoffpreise und kaum Veränderungen

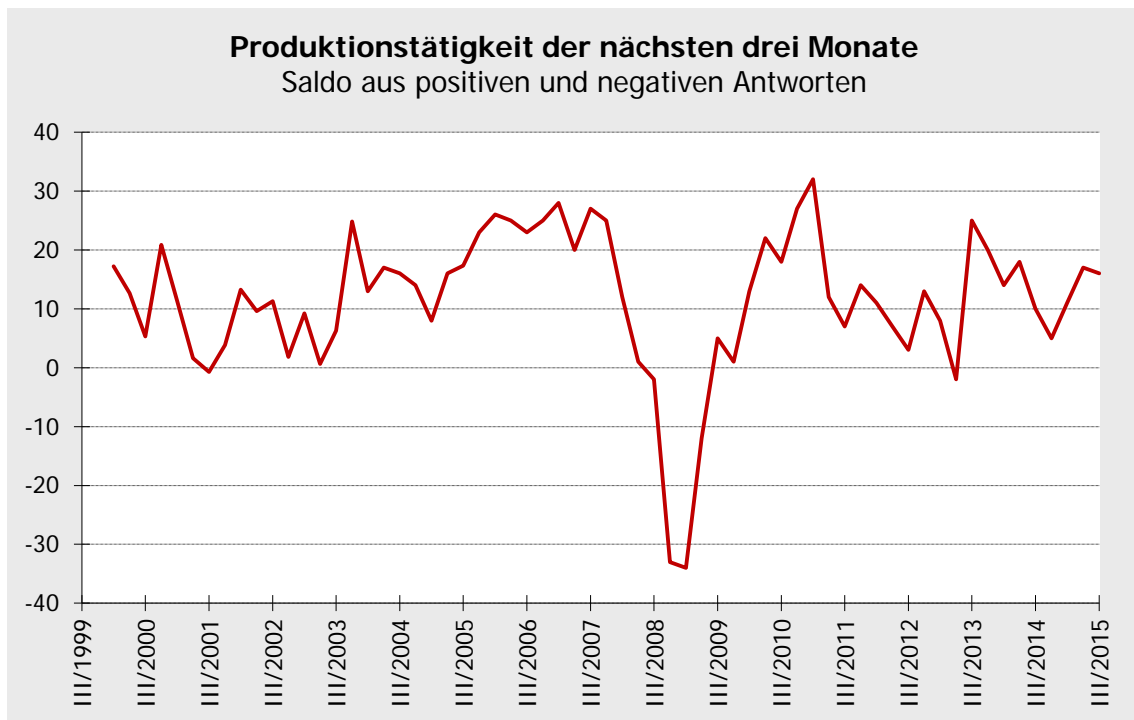
beim Wechselkurs des Euro. Die internationale Investitionstätigkeit dürfte sich zwar allmählich beleben. Der Wettbewerb auf den globalen Märkten für Investitionsgüter dürfte aber die Preisentwicklung weiterhin zügeln. Der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen wird laut der vorliegenden Prognose in den beiden kommenden Jahren jeweils um 0.9 % steigen, nach 0.8 % im heurigen Jahr.



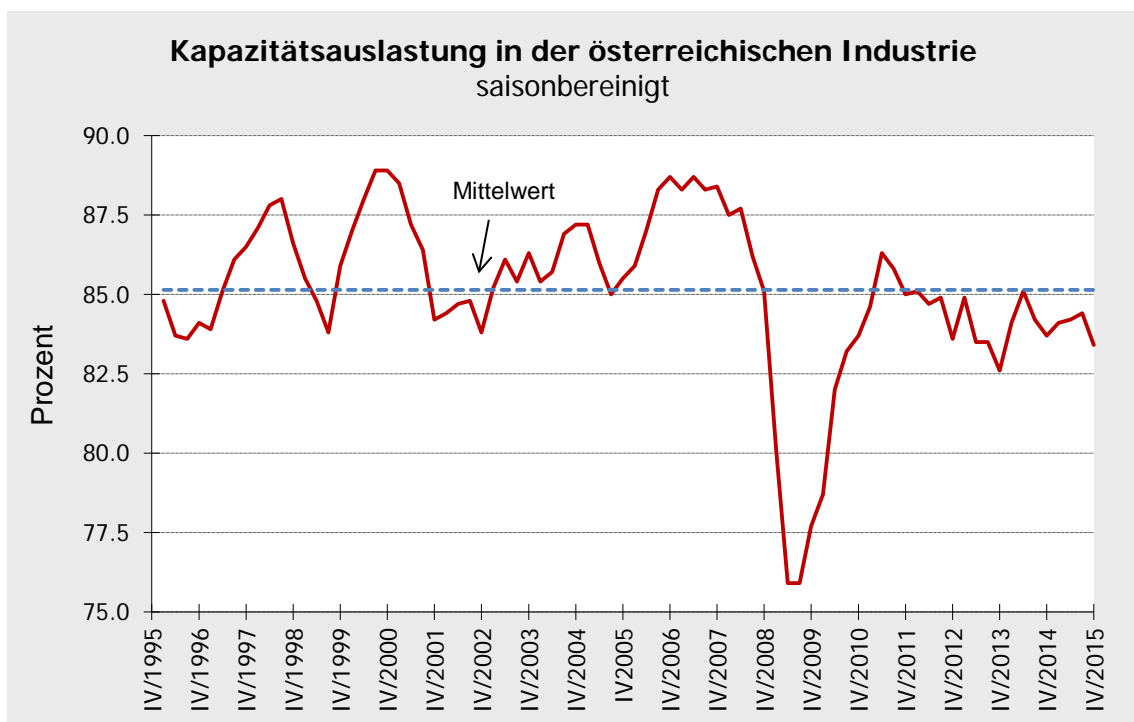
Quelle: Industriellenvereinigung

Die **realen Bauinvestitionen** sind im Durchschnitt der ersten neun Monate dieses Jahres gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1.6 % gesunken. Der Rückgang belief sich bei den Wohnbauinvestitionen auf 2.6 % und bei den sonstigen Bauten auf 0.9 %. Die Entwicklung der saisonbereinigten Werte gibt Anlass zu Zuversicht, dass bei den Bauinvestitionen bald mit einer Trendwende gerechnet werden kann. Gegenüber dem Vorquartal schwächte sich der Rückgang der Wohnbauinvestitionen von jeweils 0.5 % in den ersten beiden Quartalen auf 0.2 % im dritten Quartal ab, und die sonstigen Bauinvestitionen gingen im Zeitraum Juli bis September nur noch um 0.1 % gegenüber dem Vorquartal zurück.

Für 2016 und 2017 kann ein leichtes Wachstum der Bauinvestitionen erwartet werden. Vor allem der Wohnbau dürfte sich positiv entwickeln. Darauf deuten die Baubewilligungen hin, die im zweiten Quartal markant gestiegen sind, nach einem Rückgang im ersten Quartal. Gestützt wird der Wohnbau von der steigenden Bevölkerung. Zudem bleiben die Finanzierungsbedingungen günstig und die Liquidität hoch. Positive Effekte sind auch von der Wohnbauoffensive der Bundesregierung zu erwarten. Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften sich im Einklang mit den Ausrüstungsinvestitionen beleben. Auch in diesem Bereich stützen die vorteilhaften Finanzierungsbedingungen die Investitionstätigkeit. Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften dagegen aufgrund der angespannten Finanzlage der Gebietskörperschaften schwach bleiben. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen in den Jahren 2016 und 2017 um 1.0 % bzw. 1.5 % ausgeweitet werden, nach einem Rückgang um 1.5 % im ablaufenden Jahr.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Im Durchschnitt der ersten neun Monate 2015 stiegen die Preise im Hochbau um 1.8 %, während sie im Tiefbau um 0.8 % sanken. Im Jahresverlauf erhöhten sich die Preise im Hochbau relativ gleichmäßig, während sich der Preisrückgang im Tiefbau beschleunigte. Insgesamt übertrafen die

Baupreise im Durchschnitt der ersten sechs Monate ihr Niveau aus dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0.7 %. In der Entwicklung der Preise spiegelt sich das unterschiedliche Gewicht der Baumaterialien und Rohstoffe wie Bitumen und Stahl wider. Diese Materialien, deren Preise in den vergangenen Monaten gesunken sind, haben im Tiefbau eine größere Bedeutung als im Hochbau. Der Deflator der Bauinvestitionen stieg im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 1.3 %, wobei sich der Anstieg im Jahresverlauf abschwächte und zuletzt nur noch 1.0 % betrug. Vor dem Hintergrund der Erwartung weitgehend stabiler Rohstoffpreise und nur moderater Lohnsteigerungen dürften die Baupreise im Prognosezeitraum nur allmählich anziehen. Für den Preisindex der Bauinvestitionen erwartet das Institut gegenwärtig einen Anstieg um 1.5 % im Jahr 2016 und 1.7 % im Jahr 2017, nach 1.3 % im heurigen Jahr.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen folgt, dass die **Bruttoanlageinvestitionen** in den beiden kommenden Jahren jeweils um rund 2 % ausgeweitet werden, nach 0.4 % im zu Ende gehenden Jahr. Die Lagerbestandsveränderungen werden in den beiden kommenden Jahren das Wachstum stützen, sodass die gesamten **Bruttoinvestitionen**, also die Summe aus Bruttoanlageinvestitionen und Lagerbestandsveränderungen, mit jeweils 2.7 % in beiden Jahren stärker zulegen werden. Im ablaufenden Jahr dürfte von den Vorratsveränderungen ein negativer Wachstumsbeitrag ausgegangen sein, sodass die Bruttoinvestitionen stagniert haben dürften.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** im Prognosezeitraum wird durch das notwendige Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung beeinflusst, wobei sowohl die Steuerreform und auch die Kosten für die Flüchtlinge das Budget kurzfristig zusätzlich belasten. Aufgrund des geringen budgetären Spielraums geht das Institut davon aus, dass die beschlossenen Maßnahmen konsequent umgesetzt werden. Die Rückkehr zu einem weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt wird allerdings in den nächsten beiden Jahren aufgrund der zusätzlichen Belastung durch den starken Zustrom an Flüchtlingen und insbesondere durch die Steuerreform kaum zu erreichen sein. Hinzu kommt noch die letztendliche Verbuchung der Kosten für die Abbaugesellschaft für die Hypo Alpe Adria (HETA), welche unter anderem durch den Generalvergleich mit dem Freistaat Bayern entstehen. Die gesamtstaatliche Defizitquote wird zwar im Jahr 2015 auf 1.7 % zurückgehen, durch die Steuerreform wird die Rückführung des Maastricht-Defizites im Jahr 2016 jedoch unterbrochen und das Budgetdefizit wird voraussichtlich auf 2.1 % ansteigen.

Dieser Anstieg des Maastricht-Defizits ist wesentlich durch die 2016 in Kraft tretende Steuerreform bedingt, welche in voller Wirkung eine Entlastung von 5.2 Mrd. Euro vorsieht. Nach derzeitigen Einschätzungen des Instituts sind die Entlastungen im Jahr 2016 jedoch noch nicht vollständig gegenfinanziert. Das Kernstück der Steuerreform ist eine Abflachung des progressiven Tarifs der Lohn- und Einkommensteuer und die Ausweitung der Rückerstattung von Sozialversicherungsbeiträgen für Geringverdiener. Gemeinsam werden diese beiden Maßnahmen im Jahr 2016 mit einer Reduktion der Steuereinnahmen von 4.0 Mrd. Euro in der Prognose berücksichtigt. Ebenfalls werden die Verdoppelung des Kinderfreibetrages und die Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung bereits voll im Jahr 2016 berücksichtigt. Im Gegensatz dazu werden nach Einschätzung des Instituts nicht die gesamten Maßnahmen zur Gegenfinanzierung der Steuerreform bereits im Prognosezeitraum wirksam.

Die Bekämpfung von Steuer- und Sozialbetrug soll laut Ministerratsvorlage längerfristig Mehreinnahmen von insgesamt 1.9 Mrd. Euro erbringen. Die größten Bereiche sind die Registriertassenpflicht mit 900 Mio. Euro und die Bankauskünfte im Zusammenhang mit Abgabenprüfungen mit 700 Mio. Euro Mehreinnahmen. Beide Maßnahmen wirken jedoch gemäß dem Vorblatt zum Steuerreformgesetz und nach Einschätzung des Instituts mit gewisser Zeitverzögerung, weshalb sie im Prognosezeitraum nur jeweils zur Hälfte berücksichtigt werden. Ähnlich verhält es sich mit den Strukturmaßnahmen im Steuerrecht, welche 900 Mio. Euro zur Gegenfinanzierung beitragen sollen. Die Verschiebung der Erhöhung der reduzierten Mehrwertsteuersätze im Beherbergungsbereich auf April 2016 trägt ebenfalls dazu bei, dass im Jahr 2016 wohl nicht das volle Potenzial erreicht werden kann. Deshalb wird die Wirkung dieser Maßnahme ebenfalls nur zum Teil bereits für 2016 berücksichtigt. Weitere 400 Mio. Euro Mehreinnahmen, welche über Änderungen in der Besteuerung von Immobilienübertragungen und Kapitalerträgen und durch die außergewöhnliche Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage der ASVG eingeplant sind, werden trotz gewisser Unsicherheit hinsichtlich des zeitlichen Horizonts voll berücksichtigt. 1.1 Mrd. Euro Einsparungen sollen nach dem Schlüssel des Finanzausgleichs bei Bund, Ländern und Gemeinden bei der Verwaltung und bei Förderungen erzielt werden. Dieses Ziel erscheint bei einem strikten Budgetvollzug möglich, viele der möglichen Einsparungen in der Verwaltung werden jedoch erst mit einer zeitlichen Verzögerung wirksam und sind daher ebenfalls nur zum Teil in der Prognose berücksichtigt. Die restlichen 850 Mio. Euro der Gegenfinanzierung sollen sich laut der Ministerratsvorlage durch gestiegene ökonomische Aktivität (insbesondere zusätzlicher Konsum) selber finanzieren. Das Institut geht ebenfalls von einem positiven Selbstfinanzierungsbeitrag der Steuerreform aus, sieht diesen jedoch etwas geringer und zum Teil auch mit einer größeren zeitlichen Verzögerung. In Summe geht das Institut von einem kurzfristigen Anstieg des Maastricht-Defizits infolge der Steuerreform um bis zu 2 Mrd. Euro im Jahr 2016 aus.

Zusätzlich zu der kurzfristigen Belastung des Budgets durch die zeitliche Verzögerung in den Gegenfinanzierungsmaßnahmen kommen die Kosten zur Bewältigung des starken Zustroms an Flüchtlingen. In der Prognose werden daher für 2016 und 2017 0.2 % bzw. 0.4 % des BIP an zusätzlichen Kosten berücksichtigt, was etwas über den im Budgetbericht für 2016 vorgesehenen 500 Mio. Euro liegt. Da sowohl die Gesamtzahl und die Qualifikationen wie auch die Anerkennungsrate der Asylwerber bislang nur sehr schwer abschätzbar sind, sind auch die zusätzlichen budgetären Kosten für Grenzsicherung, Erstbetreuung, Integrationsmaßnahmen und soziale Absicherung mit starker Prognoseunsicherheit behaftet.

Damit besteht unabhängig von der Berücksichtigung der Zusatzkosten für Asylwerber in der Berechnung des strukturellen Defizits beträchtlicher weiterer Konsolidierungsbedarf in der Größenordnung von zumindest $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt des BIP, um das Ziel des strukturellen Nulldefizites im Jahr 2016 zu erreichen. Trotz der zuletzt etwas besseren Einschätzung der Entwicklung bei den Zuschüssen zu den Pensionen besteht weiterhin Unsicherheit hinsichtlich der Wirkung der Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters. Im Zuge der derzeitigen Neuverhandlung des Finanzausgleiches wird auch die Einbindung der subnationalen Gebietskörperschaften entscheidend für die längerfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte sein. Nur durch eine klare Abgrenzung und Entflechtung der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und mehr Transparenz in den Finanzbeziehungen können Mehrfachzuständigkeiten beseitigt werden. Gemeinsam mit besserer Anreizkompatibilität können so Effizienzgewinne in der öffentlichen Verwaltung erzielt werden.

In diesem Jahr sieht das Institut aufgrund der Wirkung des bisherigen Aufschubs der Steuerreform und der damit verbundenen Wirkung der Kalten Progression weiterhin ein robustes Wachstum der lohnabhängigen Abgaben. Bei den Produktionsabgaben hemmen jedoch die nur langsam steigenden Realeinkommen und der dadurch schwache private Konsum das Wachstum der Einnahmen. Diese konjunkturell bedingte Stabilisator-Wirkung des Steuersystems wird weiterhin durch das außerordentlich niedrige Zinsniveau zu einem beträchtlichen Teil kompensiert. Trotz der wachsenden Verschuldung gehen daher die Finanzierungskosten für den Staat deutlich zurück. Gemeinsam mit dem stärkeren Anstieg der Einnahmen aus Konsumsteuern aufgrund der Steuerreform fällt damit das zusätzliche Defizit wegen des reduzierten Lohn- und Einkommensteueraufkommens weniger hoch aus. Der reale öffentliche Konsum wird aufgrund der beschlossenen und notwendigen Einsparungsmaßnahmen jeweils nur um 0.5 % wachsen und daher nicht in der Lage sein, zusätzliche Wachstumsimpulse zu liefern

In den ersten drei Quartalen 2015 sind die Tariflöhne um 2.2 % gestiegen, der Anstieg der **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** betrug 2.0 %. Die Differenz dieser beiden Werte, die sogenannte Lohndrift, nimmt somit weiter ab, was als ein Indiz für die sich aufhellende konjunkturelle Lage gewertet werden kann. Für den Jahresschnitt 2015 erwartet das Institut eine Zunahme der Effektivverdienste um 1.9 %. Bereinigt man diese um die – aus Sicht des Vorjahres doch unerwartet – niedrige Inflation (Konsumdeflator), so steigen die Reallöhne im laufenden Jahr um 1.0 %. Was das nächste Jahr anbelangt, sind die Ergebnisse der letzten Herbstlohnrunde (Metaller und Handel je 1.5 % und Öffentlicher Dienst 1.3 %) sowie die erwartete Auswirkung der Steuerreform zu berücksichtigen. Die Effektivverdienste werden um 1.5 % ansteigen. Dies impliziert zwar eine Stagnation der realen Bruttolöhne, bewirkt aber aufgrund der geringeren Besteuerung eine reale Nettolohnerhöhung von knapp 2 %. Für das Jahr 2017 geht das Institut von einem Anstieg der Effektivlöhne um 1.8 % aus, was unter Annahme der prognostizierten Inflationsrate eine Stagnation der Reallöhne bedeutet.

Infolge der überraschenden Ankündigung der OPEC Ende November letzten Jahres, die Ölförderquoten nicht zu drosseln, fiel der Ölpreis auf knapp 50 US-Dollar. Dieser Ölpreisschock drückte die **Inflationsrate** (laut nationaler Definition) zu Beginn des laufenden Jahres um nahezu einen Prozentpunkt auf 0.7 % nach unten. Auch im weiteren Jahresverlauf prägte der Ölpreis maßgeblich die Entwicklung des Verbraucherpreisindex. Der Anstieg der Ölpreise auf knapp 70 US-Dollar zur Mitte des Jahres erhöhte den Preisdruck und ließ die Inflationsrate allerdings wieder auf 1.0 % ansteigen. Erneute Ölpreisrückgänge Ende August drückten die Inflationsrate wieder auf 0.7 % zurück. Die unerwartet niedrigen Ölpreise veranlassen das Institut, seine Prognose für das Gesamtjahr 2015 auf 0.9 % zu revidieren. Im nächsten Jahr wird sich der Inflationsdruck leicht erhöhen. Die Annahme eines Ölpreises von 51 US-Dollar und eines Euro-Dollar-Wechselkurses von 1.06 impliziert einen auslaufenden Basiseffekt der Energiepreise. Das heißt, dass ca. ab Jahresmitte 2016 die Energiepreise nicht mehr preisdämpfend wirken. Die Euro-Abwertung verteuert dazu die Rohstoffimporte. Von den Lohnstückkosten geht weiterhin kein besonderer Preisdruck aus. Die geplante Mehrwertsteuererhöhung von 10 % auf 13 % in ausgewählten Bereichen wirkt leicht preistreibend. Alles in allem wird im Jahresschnitt 2016 die Preissteigerungsrate 1.5 % betragen. Für das Jahr 2017 erwartet das Institut eine Inflationsrate von 1.8 %.

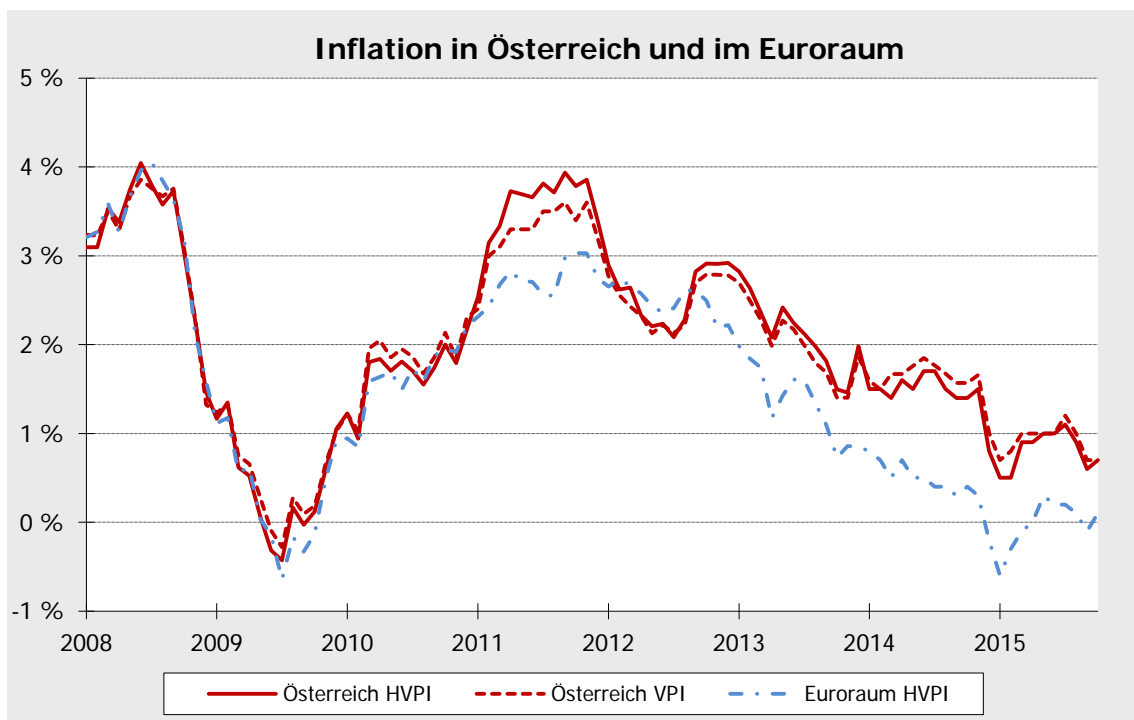
Im Durchschnitt der Länder des Euroraums betrug die **Inflationsrate (HVPI)** im Oktober 0.1 %, die Vorausschätzung für November belief sich auf ebenfalls 0.1 %. Während Österreich im Jahr

2014 nahezu durchgehend das Land mit der höchsten Inflationsrate im Euroraum war, liegt Österreich mit Stand Oktober 2015 mit 0.7 % an vierter Stelle nach Malta (1.6 %), Belgien (1.2 %) sowie Portugal (0.7 %). Österreich konnte somit das Inflationsdifferenzial zum Euroraum, das vor einem Jahr noch ca. 1.2 Prozentpunkte betrug, auf aktuell 0.6 Prozentpunkte halbieren. Dies ist einerseits auf einen sich abschwächenden Beitrag zum Inflationsdifferenzial aus dem Dienstleistungsbereich und andererseits auf einen mäßigeren Anstieg der Lebensmittelpreise zurückzuführen. Das Institut geht davon aus, dass sich das Inflationsdifferenzial Österreichs gegenüber dem Euroraum-Durchschnitt nächstes Jahr nur wenig verringern wird (0.5 Prozentpunkte), wozu die beschlossene Anhebung der Mehrwertsteuererhöhung von 10 % auf 13 % im Zuge der Steuerreform beiträgt. Für 2017 wird eine Inflationsrate im Euroraum von 1.6 % und in Österreich von 1.8 % prognostiziert.

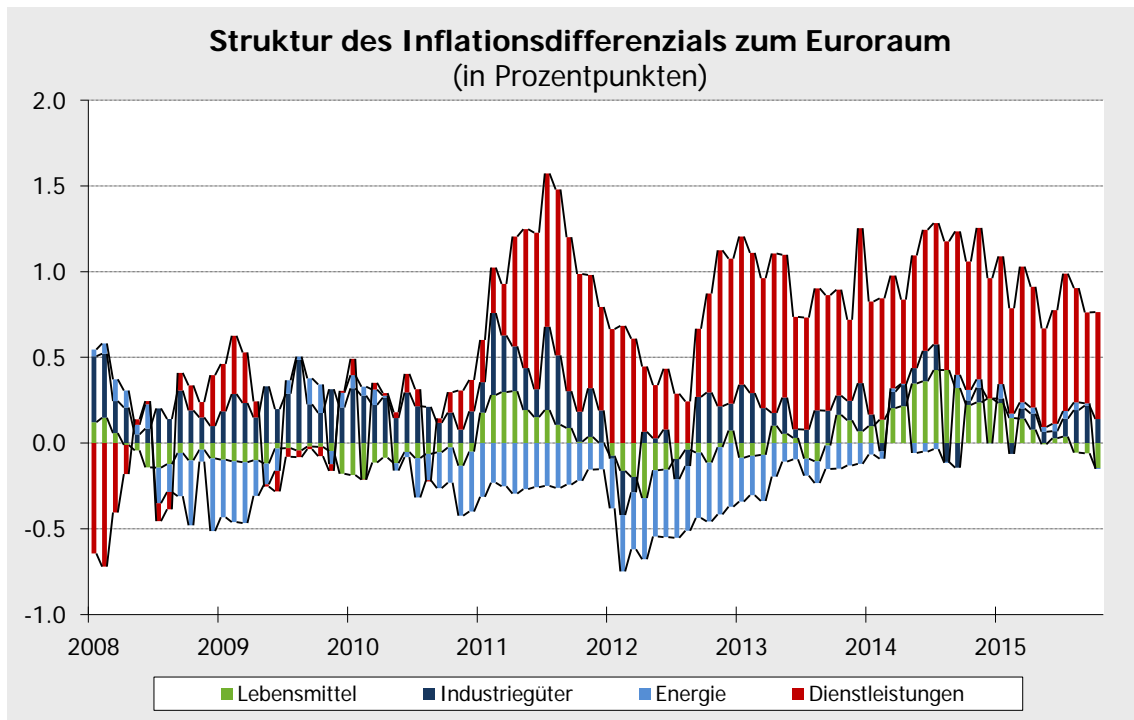
Inflationsraten im Überblick

	2014	2015	2016	2017
Österreich laut VPI (%)	1.7	0.9	1.5	1.8
Österreich laut HVPI (%)	1.5	0.8	1.5	1.8
Euroraum laut HVPI (%)	0.4	0.0	1.0	1.6

Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen



Quelle: Statistik Austria



Quelle: Eurostat

Die verhaltene Konjunktorentwicklung und das kräftig steigende Arbeitskräfteangebot prägten die **Arbeitsmarktentwicklung** auch im Jahr 2015. Im Jahresdurchschnitt legte die Beschäftigung um 0.9 % zu. Die Beschäftigungsnachfrage reichte jedoch nicht aus, das weiterhin kräftig steigende Arbeitskräfteangebot zu absorbieren. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition erhöhte sich um rund $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte auf 9.1 %. Die konjunkturelle Verbesserung im Verein mit einem, insbesondere demografisch bedingten, etwas schwächeren Angebotswachstum würde nahelegen, dass die Arbeitslosigkeit in den nächsten beiden Jahren nicht mehr merklich ansteigt. Wie schon in den letzten Jahren prägt die Migration das Arbeitskräfteangebot. Verstärkend wirkt im Prognosezeitraum der starke Zustrom von Asylwerbern. In beiden Prognosejahren wird die Beschäftigung relativ kräftig ausgeweitet (1.1 % bzw. 1.3 %). Die verbesserte Konjunkturlage und der Flüchtlingszustrom halten das Tempo des Arbeitskräfteanstiegs unverändert hoch. Die Arbeitslosenquote klettert somit im nächsten Jahr auf 9.5 % und sollte 2017 9.8 % betragen. Diese Prognose ist insbesondere aufgrund der Asylthematik mit großen Unsicherheiten verbunden.

Im Jahresverlauf hat der Beschäftigungsaufbau an Tempo gewonnen. Besonders kräftig legte die **Aktiv-Beschäftigung** im November mit einem Zuwachs um 50,000 Personen bzw. 1.5 % zu. Die Entwicklung im November dürfte allerdings die zugrunde liegende Beschäftigungsdynamik etwas überzeichnen. In sektoraler Hinsicht bleiben die Dienstleistungen mit einem Anstieg von knapp 47,000 Personen im Jahresabstand der Jobmotor. Im Sachgüterbereich konnte der Beschäftigungsrückgang gestoppt werden und der Bau verzeichnete witterungsbedingt Zuwächse (2,400). In der Industrie ist die Beschäftigung im Maschinen- und Fahrzeugbau weiterhin kräftig fallend (-3,000), hingegen entwickelten sich die Bereiche Elektro/Elektronik (1,900) und Metall (1,600) positiv. Im Dienstleistungssektor expandiert die Beschäftigung weiterhin breitflächig (besonders kräftig in den Bereichen Gesundheitswesen, öffentliche Verwaltung und Handel). Die Daten für November deuten darauf hin, dass die Beschäftigungsdynamik bei den wirtschaftsnahen

Dienstleistungen wieder anzieht. So verzeichnete etwa der Bereich der konjunkturreagiblen Leiharbeitsfirmen einen deutlichen Beschäftigungszuwachs (1,800).

Im Jahresdurchschnitt 2015 hat die Aktiv-Beschäftigung um rund 30,000 Personen bzw. 0.9 % zugelegt. Vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur ist diese Steigerung beachtlich. Die geleisteten Arbeitsstunden haben aber deutlich langsamer als die Beschäftigung in Köpfen zugenommen. Der Großteil des Beschäftigungszuwachses entfiel zwar auf Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, erstmals seit 2012 ist aber auch die Inländerbeschäftigung wieder gestiegen. Im nächsten Jahr dürfte die Beschäftigungsdynamik hoch bleiben. Gegenwärtig rechnet das Institut mit einem Beschäftigungsanstieg von durchschnittlich 1.1 % im nächsten Jahr. Dem liegt die Überlegung zugrunde, dass die konjunkturelle Verbesserung am Arbeitsmarkt erst mit einer zeitlichen Verzögerung ankommt und die Unternehmen die bessere Lage zu Produktivitätssteigerungen nutzen. 2016 könnte sich das Beschäftigungswachstum auf 1.3 % erhöhen.

Im Vorjahresvergleich steigt die Arbeitslosigkeit weiterhin kräftig, allerdings mit nachlassendem Tempo. So lag im November die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** um 28,000 Personen bzw. 8.3 % über dem Vorjahresniveau. Nach Berücksichtigung des Rückgangs in der Schulungstätigkeit (-5,000) reduziert sich der Anstieg auf 5.6 %. Die saisonbereinigten Daten zeigen, dass die Arbeitslosenzahl seit dem Sommer nicht mehr ansteigt. In sektoraler Betrachtung erhöht sich die Arbeitslosenzahl im Jahresabstand weiterhin besonders stark im Dienstleistungsbereich. Während die Zahl der Erwerbslosen insbesondere bei den sonstigen bzw. öffentlichen Dienstleistungen (13.6 % bzw. 11.9 %) kräftig anstieg, betrug der Zuwachs in der Sachgüterproduktion nur 4.0 %. Stark verlangsamt hat sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den Arbeitskräfteüberlassern (5.2 %).

Arbeitsmarktentwicklung 2015

	Jänner bis November (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	30,638	0.9 %
Männer	14,509	0.8 %
Frauen	16,129	1.0 %
Aktiv-Beschäftigte*	32,462	0.9 %
Primärer Sektor	1,719	2.5 %
Sachgüterproduktion	-3,028	-0.5 %
Bau	-1,215	-0.5 %
Dienstleistungssektor	34,972	1.4 %
Arbeitslose	35,987	11.5 %
Männer	22,342	12.6 %
Frauen	13,644	10.1 %
Schulungsteilnehmer	-10,732	-14.0 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

* ohne Kindergeldbezieherinnen und Präsenzdiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

Im Jahresdurchschnitt 2015 waren rund 355,000 Personen als arbeitslos vorgemerkt (inklusive Schulungsteilnehmer 420,000). Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen stieg damit das dritte Jahr in Folge um gut 10 %. Neben der schwachen Konjunktur lässt sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit auch auf das stark steigende Arbeitskräfteangebot zurückführen. Es gibt aber Hinweise (Beveridge-Kurve, NAWRU, Langzeitarbeitslosigkeit), die darauf hindeuten, dass es auch strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt gibt. Es ist auch festzuhalten, dass die Lohnentwicklung in den letzten Jahren über den Produktivitätszuwachsen lag.

Der Konjunkturaufschwung und die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit sollten zu einer Verbesserung am Arbeitsmarkt führen. Im Vergleich mit der September-Prognose muss allerdings die Einschätzung der Arbeitsangebotsentwicklung deutlich revidiert werden. Die vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass die Migration aus der EU, insbesondere aus Osteuropa, weiterhin hoch bleiben wird, und zusätzlich ist der starke Zustrom der Asylwerber (siehe dazu unten) zu berücksichtigen. Insgesamt gesehen wird damit die Arbeitslosenzahl auch in den Jahren 2016 und 2017 merklich ansteigen. Gegenwärtig wird von einem Zuwachs im Arbeitslosenbestand von 20,000 bzw. 15,000 Personen ausgegangen. Hinsichtlich dieser Prognose bestehen hohe Risiken, insbesondere bei der Abschätzung der Arbeitsmarktintegration der Asylwerber, die annahmenbasiert erfolgt.

Im Jahresdurchschnitt 2015 ist die Arbeitslosenquote auf 9.1 % angestiegen und lag damit um rund 2 Prozentpunkte über dem Wert von 2010. Für die nächsten beiden Jahre werden Anstiege auf 9.5 % bzw. 9.8 % erwartet. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition klettert von 5.7 % in diesem Jahr auf 5.9 % bzw. 6.0 %.

Eine Analyse der Auswirkungen des starken Zustroms von Asylwerbern auf den Arbeitsmarkt kann nur basierend auf einer Reihe von Annahmen durchgeführt werden. Die Anzahl der Personen mit positivem Asylbescheid (inklusive subsidiär Schutzberechtigte) die auf dem österreichischen Arbeitsmarkt auftreten, hängt von einer Reihe von Einflussfaktoren ab, für die Annahmen getroffen werden müssen. Das Institut geht davon aus, dass 2015 und 2016 jeweils rund 85,000 Asylanträge verzeichnet werden. Weiters wird unterstellt, dass die Verfahrensdauer der Asylanträge 1 Jahr beträgt und der Anteil der nicht am Arbeitsmarkt auftretenden minderjährigen Asylwerber 11 % ausmacht. Unter diesen Annahmen ergibt sich ein jahresdurchschnittlicher Bestand an Asylwerbern von 33,000 bzw. 45,000 Personen. Hinsichtlich der Anerkennungsquote wird ein Wert von 60 % angenommen, da ein überwiegender Teil der Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und dem Irak kommt. Im Jahr 2014 wurden vergleichsweise nur 39 % positiv erledigt. Nachdem der Zugang zum Sozialsystem (etwa bedarfsorientierte Mindestsicherung) u.a. von der Arbeitsmarktintegration abhängt, wird eine Erwerbsquote von 85 % unterstellt. Folglich treten im Jahresdurchschnitt 2016 rund 17,000 Asylwerber des Jahres 2015 auf dem Arbeitsmarkt auf. Für 2017 sind weitere 23,000 Personen zu erwarten. Die vorliegenden Informationen (etwa Deutschkenntnisse, verwertbare Qualifikationen) weisen auf eher ungünstige Voraussetzungen für deren Arbeitsmarktintegration hin. Folgende Annahmen über die jahresdurchschnittliche Verteilung in Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Schulungsteilnahme wurden getroffen. Das Verhältnis im ersten Jahr beträgt 0.1 zu 0.6 zu 0.3. Für das zweite Jahr nach Asylantrag wird eine Erwerbsquote von 75 % angenommen. Der Anteil in Beschäftigung steigt auf 0.4, der Schulungsanteil fällt auf 0.2 und der Arbeitslosenanteil beträgt 0.4. Die vorliegende Abschätzung ist aufgrund der noch nicht bekannten exakten Ausgestaltung der Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt mit großen Unsicherheiten behaftet und kann bestenfalls als grobe Richtlinie dienen.

Die aktuelle Lage birgt mehrere Herausforderungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Die schwache Konjunktur hat zu einem starken Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit geführt. Diese sollte durch vermehrte Qualifizierungs- bzw. Requalifizierungsmaßnahmen bekämpft werden. Lohnsubventionen führen dazu, dass Langzeitarbeitslose schneller in Beschäftigung gebracht werden, bei einer stärkeren Ausweitung sind aber verstärkte Mitnahmeeffekte zu befürchten. Die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit ist zu begrüßen, eine merkliche Lohnnebenkostensenkung könnte die Beschäftigungsnachfrage kräftigen. Zieht die Beschäftigungsnachfrage merklich an, dann könnten auch Maßnahmen zur Flexibilisierung der Zumutbarkeitsbestimmungen angedacht werden, damit der regionale *Mis-Match* reduziert wird.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist eine Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials, die sowohl über Zuwanderung als auch höhere bzw. längere Erwerbsbeteiligung erfolgen muss, positiv zu sehen. Das hohe Arbeitslosigkeitsrisiko von Personen mit Migrationshintergrund legt aber nahe, dass Integrationsmaßnahmen mit stärkerem Arbeitsmarktbezug eingesetzt werden sollten. Laufende und geplante Maßnahmen des AMS zur Förderung der Arbeitsmarktintegration der anerkannten Flüchtlinge sind adäquat. Internationale Erfahrungen zeigen, dass solche Maßnahmen möglichst früh einsetzen sollten. Daher erscheint auch eine Verkürzung der Verfahrensdauern bei den Asylanträgen angebracht. Erleichterungen bei Unternehmensgründungen bzw. in der Gewerbeordnung könnten neue Jobchancen für die Asylberechtigten bedeuten. Weiters sollten Maßnahmen (Kompetenzchecks, Nostrifikationen, Kurzlehren) ausgeweitet werden, die dazu führen, dass die vorhandenen Qualifikationen der Zuwanderer am österreichischen Arbeitsmarkt anerkannt und eingesetzt werden können. Allerdings deuten die vorliegenden Daten darauf hin, dass ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Asylberechtigten nur geringe Qualifikationen aufweist. Vor diesem Hintergrund sind ausgedehnte Qualifizierungsprogramme anzudenken. Zu hohe Mindestlöhne könnten der Beschäftigungsaufnahme von wenig qualifizierten Migranten im Wege stehen. Die Gewährung von Lohnergänzungsleistungen (*in-work benefits*) könnte stattdessen angedacht werden. Jedenfalls sollten die notwendigen Fördermaßnahmen für anerkannte Flüchtlinge nicht zu Lasten der traditionellen Zielgruppen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gehen.

5. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen im Euroraum liegen unverändert auf historisch niedrigen Niveaus. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt 0.05 % und liegt damit praktisch bei Null. Der Zinssatz für die Einlagefazilität wurde in der Dezember-Sitzung des EZB-Rats um 10 Basispunkte gesenkt und liegt nun bei -0.30 %, Banken müssen also dafür bezahlen, wenn sie Geld (neben der Mindestreserve) bei der EZB anlegen. In der Schweiz liegt das gesamte Zielband für den Dreimonats-Libor nach wie vor im negativen Bereich (-1.25 % bis -0.25%). Auch in anderen wichtigen Wirtschaftsräumen blieben die Leitzinsen im laufenden Quartal unverändert. Bei der Dezember-Sitzung des Offenmarktausschusses der Fed wird allerdings eine Zinsanhebung erwartet – dies wäre dann die erste Zinsveränderung seit 7 Jahren. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, liegt weiterhin merklich unter der Zielmarke der EZB von knapp 2 % und ist in den letzten Monaten zurückgegangen. Im September sank sie sogar wieder unter die Nullmarke. Im September, Oktober und November belief sich die Inflation im Euroraum auf -0.1 %, 0.1 % bzw. 0.1 %. Das Institut rechnet frühestens gegen Ende des Jahres 2017 mit einem Zinsschritt der EZB. Für Österreich bleibt die Geldpolitik weiterhin deutlich expansiv ausgerichtet.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2012	0.75	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1
Ende 2013	0.25	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1
Ende 2014	0.05	0 – 0.25	0.5	-0.75 – 0.25	0.1
14.12.2015	0.05	0 – 0.25	0.5	-1.25 – -0.25	0.1

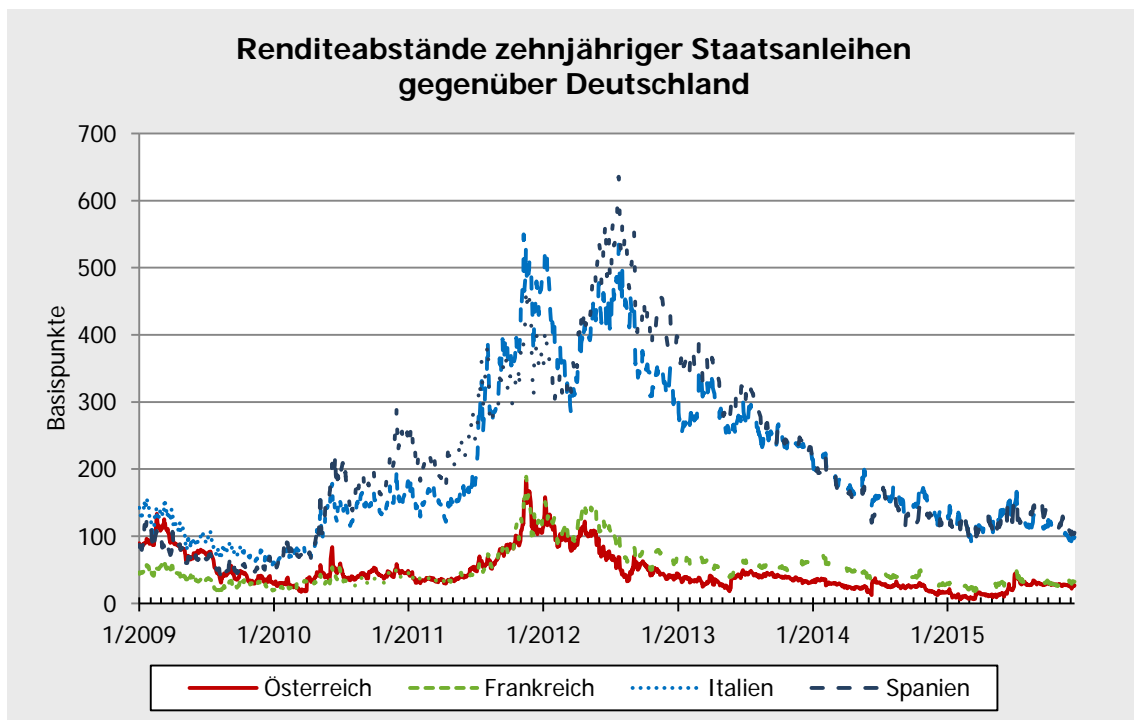
Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

Die EZB hat im Dezember beschlossen, ihr Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (*Asset Purchase Programme*) im Ausmaß von 60 Mrd. Euro pro Monat zu verlängern. Das Programm soll nun bis März 2017 (davor bis September 2016) laufen oder zumindest so lange, bis eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung eintritt. Zusätzlich ist die Liste der Vermögenswerte des öffentlichen Sektors, die ihm Rahmen dieses Programmes erworben werden können, um solche erweitert worden, die von regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften begeben wurden.

Die Geldmarktzinsen sind in den vergangenen Monaten stetig zurückgegangen, wobei die 3-Monats-Zinsen weiterhin im negativen Bereich notieren. Im Durchschnitt betrug der 3-Monats-Euribor im letzten Quartal des laufenden Jahres -0.1 %. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut weitgehend konstante Geldmarktzinsen. Die Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor in den Jahren 2016 und 2017 beträgt -0.1 % bzw. 0.1 %.

Die Renditen von Staatsanleihen sind – nach einem leichten Anstieg im zweiten und dritten Quartal des laufenden Jahres – im letzten Quartal wieder etwas gesunken. Damit lag das Renditeniveau im Durchschnitt des vierten Quartals unterhalb des Niveaus vom dritten Quartal. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren notierten im vierten Quartal zu 0.8 % bzw. 0.6 %. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorquartal um rund 18 bzw. 14 Basispunkte. Im Vergleich zum Vorjahresquartal lagen die Renditen ebenfalls etwas niedriger.

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere groß hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraumländer höhere Renditen aufweisen. Der weitläufige Rückgang der Spreads (Renditeabstände) zu Deutschland, der im Sommer zu einem vorläufigen Halt kam, scheint sich nun fortzusetzen. Auch das Vertrauen in solide Staatsfinanzen von Italien und Spanien scheint sich wieder gefestigt zu haben (siehe untenstehende Grafik). Das Institut rechnet weiterhin damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode nur leicht ansteigt. Für 2016 und 2017 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 0.9 % bzw. 1.2 % prognostiziert.



Quelle: Thomson Reuters Datastream

Bezogen auf Quartalsdurchschnittswerte hat der Euro gegenüber dem US-Dollar im vierten Quartal des laufenden Jahres etwas nachgegeben. Im Quartalsdurchschnitt betrug der Wechselkurs 1.10 USD/EUR, was einer leichten Abwertung (-1.4 %) gegenüber dem Vorquartal und einer kräftigeren Abwertung, nämlich um rund 12 %, gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht. Für 2016 und 2017 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von jeweils 1.06 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2016 und 2017 fällt wie folgt aus. Die Sichteinlagen sollten um 7.3 % bzw. 6.7 % steigen. Die Termineinlagen dürften um 2.4 % bzw. 0.4 % expandieren. Für die Spareinlagen prognostiziert das Institut ein Wachstum um 1.0 % bzw. 1.8 %. Das Kreditvolumen sollte in der Prognoseperiode um 1.1 % bzw. 1.4 % ausgeweitet werden.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	294.627 1.9%	302.901 2.8%	305.195 0.8%	306.175 0.3%	307.257 0.4%	309.817 0.8%	314.678 1.6%	319.782 1.6%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	294.627 2.9%	308.630 4.8%	317.056 2.7%	322.878 1.8%	329.296 2.0%	337.785 2.6%	348.255 3.1%	359.154 3.1%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	100.000 1.0%	101.892 1.9%	103.886 2.0%	105.455 1.5%	107.173 1.6%	109.027 1.7%	110.670 1.5%	112.312 1.5%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2010=100)	100.000 1.9%	103.300 3.3%	105.800 2.4%	107.900 2.0%	109.700 1.7%	110.687 0.9%	112.348 1.5%	114.370 1.8%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42.609 1.2%	43.433 1.9%	44.605 2.7%	45.566 2.2%	46.431 1.9%	47.313 1.9%	48.023 1.5%	48.863 1.8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3446.269 0.9%	3484.178 1.1%	3529.472 1.3%
ARBEITSLLOSENQUOTE NAT.DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.138 0.784	9.507 0.369	9.761 0.254

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
PRIVATER KONSUM	158.041 1.0%	160.094 1.3%	160.999 0.6%	161.106 0.1%	161.183 0.0%	161.903 0.4%	164.375 1.5%	166.480 1.3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.049 0.1%	60.058 0.0%	60.148 0.2%	60.495 0.6%	60.996 0.8%	61.301 0.5%	61.607 0.5%	61.915 0.5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	63.764 -2.1%	68.049 6.7%	68.938 1.3%	68.752 -0.3%	68.612 -0.2%	68.855 0.4%	70.191 1.9%	71.623 2.0%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	2.626 0.9	4.798 1.6	3.958 1.3	2.678 0.9	1.363 0.4	1.063 0.3	1.563 0.5	2.063 0.6
INLANDSNACHFRAGE	284.834 0.8%	292.845 2.8%	294.132 0.4%	293.801 -0.1%	293.498 -0.1%	294.837 0.5%	299.465 1.6%	303.818 1.5%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	9.794 3.3	10.055 3.3	11.060 3.6	12.357 4.0	13.788 4.5	14.980 4.8	15.213 4.8	15.963 5.0
BIP ZU MARKTPREISEN	294.627 1.9%	302.901 2.8%	305.195 0.8%	306.175 0.3%	307.257 0.4%	309.817 0.8%	314.678 1.6%	319.782 1.6%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
PRIVATER KONSUM	0.531	0.697	0.299	0.035	0.025	0.234	0.798	0.669
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.027	0.003	0.030	0.113	0.164	0.099	0.099	0.098
BRUTTOINVESTITIONEN	0.078	2.071	-0.082	-0.519	-0.364	-0.006	0.598	0.618
ANLAGEINVESTITIONEN	-0.470	1.454	0.294	-0.061	-0.046	0.079	0.431	0.455
LAGERVERÄNDERUNGEN	0.560	0.737	-0.277	-0.420	-0.430	-0.098	0.161	0.159
EXPORTE I.W.S.	6.320	3.046	0.870	0.432	1.125	1.094	2.231	2.433
WAREN	6.306	2.354	0.470	-0.101	0.781	0.751	1.798	1.850
Dienstleistungen	0.040	0.693	0.397	0.522	0.341	0.339	0.448	0.588
IMPORTE I.W.S.	-5.203	-2.958	-0.539	-0.007	-0.658	-0.707	-2.156	-2.195
WAREN	-4.792	-2.445	-0.009	0.760	-0.230	-0.666	-1.728	-1.679
Dienstleistungen	-0.432	-0.513	-0.541	-0.785	-0.425	-0.049	-0.438	-0.518
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1.929	2.808	0.757	0.321	0.353	0.833	1.569	1.622

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
HAUSHALTSSPARQUOTE	9.3	7.9	9.2	7.3	7.8	7.7	8.7	8.8
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-2.0	-1.4	1.3	-1.9	0.5	-0.1	1.0	0.1
INVESTITIONSQUOTE	21.6	22.5	22.7	22.5	22.4	22.1	22.1	22.1
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.8	0.9	0.2	-0.2	-0.1	-0.3	0.0	0.0
REALZINSSATZ	2.16	1.39	0.33	0.48	-0.15	-0.99	-0.58	-0.24
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.14	-0.77	-1.06	0.15	-0.63	-0.84	0.41	0.33
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	109.53 1.7%	113.42 3.6%	116.34 2.6%	118.80 2.1%	120.54 1.5%	121.50 0.8%	123.33 1.5%	125.55 1.8%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42.609 -0.5%	42.070 -1.3%	42.220 0.4%	42.222 0.0%	42.155 -0.2%	42.573 1.0%	42.573 0.0%	42.552 0.0%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9.038 1.1%	9.114 0.8%	9.055 -0.7%	9.027 -0.3%	8.996 -0.3%	8.990 -0.1%	9.032 0.5%	9.060 0.3%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	111.887 0.0%	113.092 1.1%	116.907 3.4%	119.792 2.5%	122.489 2.3%	124.899 2.0%	126.187 1.0%	127.989 1.4%
ARBEITSLÖSENQUOTE EU DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	4.8 -0.5	4.6 -0.2	4.9 0.3	5.4 0.5	5.6 0.2	5.7 0.1	5.9 0.2	6.0 0.1
BUDGETSALDO MAASTRICHT IN PROZENT DES BIP <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-4.4 0.9	-2.6 1.9	-2.2 0.4	-1.3 0.9	-2.7 -1.4	-1.7 1.0	-2.1 -0.4	-1.7 0.4

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	152.703 2.8%	159.775 4.6%	164.306 2.8%	167.779 2.1%	171.198 2.0%	173.430 1.3%	178.672 3.0%	184.162 3.1%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.338 -0.8%	5.416 1.5%	5.751 6.2%	5.935 3.2%	6.146 3.5%	6.409 4.3%	6.701 4.6%	6.996 4.4%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.049 2.0%	61.050 1.7%	62.661 2.6%	63.851 1.9%	65.586 2.7%	67.067 2.3%	68.413 2.0%	69.615 1.8%
BRUTTOINVESTITIONEN	66.744 2.1%	74.612 11.8%	76.113 2.0%	75.106 -1.3%	74.940 -0.2%	75.705 1.0%	78.584 3.8%	81.706 4.0%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	32.914 0.6%	36.768 11.7%	37.578 2.2%	38.422 2.2%	39.005 1.5%	40.083 2.8%	41.556 3.7%	42.978 3.4%
BAUINVESTITIONEN	30.850 -2.4%	32.650 5.8%	34.287 5.0%	34.215 -0.2%	34.624 1.2%	34.548 -0.2%	35.417 2.5%	36.560 3.2%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.000 0.513	0.000 0.000	0.000 0.000	0.491 0.491	-0.938 -1.429	-1.204 -0.266	-1.224 -0.021	-1.245 -0.021
INLANDSNACHFRAGE	284.834 2.6%	300.853 5.6%	308.831 2.7%	313.162 1.4%	316.932 1.2%	321.408 1.4%	331.146 3.0%	341.233 3.0%
EXPORTE I.W.S.	150.271 17.0%	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.877 0.7%	175.344 2.0%	180.977 3.2%	190.698 5.4%	201.914 5.9%
IMPORTE I.W.S.	140.477 17.1%	157.871 12.4%	162.374 2.9%	162.161 -0.1%	162.980 0.5%	164.600 1.0%	173.588 5.5%	183.993 6.0%
BIP ZU MARKTPREISEN	294.627 2.9%	308.630 4.8%	317.056 2.7%	322.878 1.8%	329.296 2.0%	337.785 2.6%	348.255 3.1%	359.154 3.1%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	152.703 1.1%	154.760 1.3%	155.520 0.5%	155.467 0.0%	155.435 0.0%	156.056 0.4%	158.397 1.5%	160.377 1.3%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.338 -2.7%	5.334 -0.1%	5.482 2.8%	5.641 2.9%	5.754 2.0%	5.855 1.8%	5.987 2.3%	6.113 2.1%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.049 0.1%	60.058 0.0%	60.148 0.2%	60.495 0.6%	60.996 0.8%	61.301 0.5%	61.607 0.5%	61.915 0.5%
BRUTTOINVESTITIONEN	66.744 0.3%	72.846 9.1%	72.599 -0.3%	71.016 -2.2%	69.902 -1.6%	69.885 0.0%	71.739 2.7%	73.683 2.7%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	32.914 0.3%	36.351 10.4%	36.536 0.5%	37.063 1.4%	37.257 0.5%	38.003 2.0%	39.048 2.8%	40.024 2.5%
BAUINVESTITIONEN	30.850 -4.6%	31.698 2.7%	32.397 2.2%	31.701 -2.1%	31.378 -1.0%	30.907 -1.5%	31.216 1.0%	31.685 1.5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.000 0.504	-0.153 -0.153	0.386 0.539	1.199 0.813	1.382 0.183	1.740 0.358	1.735 -0.005	1.730 -0.005
INLANDSNACHFRAGE	284.834 0.8%	292.845 2.8%	294.132 0.4%	293.801 -0.1%	293.498 -0.1%	294.837 0.5%	299.465 1.6%	303.818 1.5%
EXPORTE I.W.S.	150.271 13.8%	159.246 6.0%	161.882 1.7%	163.200 0.8%	166.645 2.1%	170.007 2.0%	176.920 4.1%	184.578 4.3%
IMPORTE I.W.S.	140.477 12.0%	149.191 6.2%	150.822 1.1%	150.843 0.0%	152.856 1.3%	155.027 1.4%	161.707 4.3%	168.614 4.3%
BIP ZU MARKTPREISEN	294.627 1.9%	302.901 2.8%	305.195 0.8%	306.175 0.3%	307.257 0.4%	309.817 0.8%	314.678 1.6%	319.782 1.6%

TAB. 4: PREISINDIZES (2010 = 100)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	100.000 1.7%	103.240 3.2%	105.650 2.3%	107.919 2.1%	110.142 2.1%	111.133 0.9%	112.800 1.5%	114.830 1.8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	100.000 1.8%	101.652 1.7%	104.177 2.5%	105.548 1.3%	107.525 1.9%	109.406 1.8%	111.047 1.5%	112.436 1.3%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	100.000 1.2%	102.012 2.0%	104.246 2.2%	105.652 1.3%	107.312 1.6%	108.389 1.0%	109.663 1.2%	111.051 1.3%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	100.000 0.3%	101.147 1.1%	102.853 1.7%	103.667 0.8%	104.690 1.0%	105.475 0.8%	106.424 0.9%	107.382 0.9%
BAUINVESTITIONEN	100.000 2.2%	103.004 3.0%	105.835 2.7%	107.932 2.0%	110.346 2.2%	111.781 1.3%	113.458 1.5%	115.386 1.7%
INLANDSNACHFRAGE	100.000 1.8%	102.735 2.7%	104.998 2.2%	106.590 1.5%	107.984 1.3%	109.012 1.0%	110.579 1.4%	112.315 1.6%
EXPORTE I.W.S.	100.000 2.7%	104.020 4.0%	105.384 1.3%	105.317 -0.1%	105.220 -0.1%	106.453 1.2%	107.787 1.3%	109.392 1.5%
IMPORTE I.W.S.	100.000 4.6%	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.503 -0.1%	106.623 -0.8%	106.175 -0.4%	107.347 1.1%	109.121 1.7%
BIP ZU MARKTPREISEN	100.000 1.0%	101.892 1.9%	103.886 2.0%	105.455 1.5%	107.173 1.6%	109.027 1.7%	110.670 1.5%	112.312 1.5%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
WARENEXPORTE	111.054 23.4%	122.328 10.2%	124.971 2.2%	123.346 -1.3%	124.771 1.2%	127.904 2.5%	134.629 5.3%	142.094 5.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	26.778 2.0%	30.375 13.4%	32.183 6.0%	34.680 7.8%	36.489 5.2%	38.242 4.8%	40.865 6.9%	44.196 8.2%
REISEVERKEHR	12.438 1.7%	12.945 4.1%	13.445 3.9%	13.851 3.0%	14.084 1.7%	14.831 5.3%	15.203 2.5%	15.624 2.8%
EXPORTE I.W.S.	150.271 17.0%	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.877 0.7%	175.344 2.0%	180.977 3.2%	190.698 5.4%	201.914 5.9%
WARENIMPORTE	111.284 20.2%	125.961 13.2%	128.094 1.7%	124.445 -2.8%	123.103 -1.1%	123.378 0.2%	129.704 5.1%	136.906 5.6%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	22.515 8.8%	25.235 12.1%	27.503 9.0%	30.976 12.6%	32.756 5.7%	34.161 4.3%	36.592 7.1%	39.574 8.2%
REISEVERKEHR	6.678 -0.2%	6.675 0.0%	6.777 1.5%	6.739 -0.6%	7.122 5.7%	7.061 -0.8%	7.293 3.3%	7.513 3.0%
IMPORTE I.W.S.	140.477 17.1%	157.871 12.4%	162.374 2.9%	162.161 -0.1%	162.980 0.5%	164.600 1.0%	173.588 5.5%	183.993 6.0%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
WARENEXPORTE	111.054 19.6%	117.989 6.2%	119.414 1.2%	119.104 -0.3%	121.497 2.0%	123.805 1.9%	129.376 4.5%	135.198 4.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	26.778 0.3%	28.876 7.8%	29.990 3.9%	31.448 4.9%	32.494 3.3%	33.063 1.8%	34.386 4.0%	36.105 5.0%
REISEVERKEHR	12.438 0.3%	12.382 -0.5%	12.470 0.7%	12.607 1.1%	12.604 0.0%	13.077 3.8%	13.142 0.5%	13.274 1.0%
EXPORTE I.W.S.	150.271 13.8%	159.246 6.0%	161.882 1.7%	163.200 0.8%	166.645 2.1%	170.007 2.0%	176.920 4.1%	184.578 4.3%
WARENIMPORTE	111.284 14.2%	118.488 6.5%	118.514 0.0%	116.195 -2.0%	116.900 0.6%	118.945 1.8%	124.298 4.5%	129.581 4.3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	22.515 6.5%	24.356 8.2%	26.032 6.9%	28.622 10.0%	29.751 3.9%	30.123 1.3%	31.403 4.3%	32.973 5.0%
REISEVERKEHR	6.678 -1.8%	6.347 -5.0%	6.311 -0.6%	6.117 -3.1%	6.288 2.8%	6.068 -3.5%	6.144 1.3%	6.205 1.0%
IMPORTE I.W.S.	140.477 12.0%	149.191 6.2%	150.822 1.1%	150.843 0.0%	152.856 1.3%	155.027 1.4%	161.707 4.3%	168.614 4.3%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2010 = 100)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
WARENEXPORTE	100.000 3.1%	103.677 3.7%	104.654 0.9%	103.561 -1.0%	102.695 -0.8%	103.311 0.6%	104.060 0.7%	105.101 1.0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100.000 1.7%	105.191 5.2%	107.313 2.0%	110.276 2.8%	112.295 1.8%	115.664 3.0%	118.844 2.8%	122.410 3.0%
REISEVERKEHR	100.000 1.4%	104.550 4.5%	107.813 3.1%	109.873 1.9%	111.740 1.7%	113.416 1.5%	115.685 2.0%	117.709 1.8%
EXPORTE I.W.S.	100.000 2.7%	104.020 4.0%	105.384 1.3%	105.317 -0.1%	105.220 -0.1%	106.453 1.2%	107.787 1.3%	109.392 1.5%
WARENIMPORTE	100.000 5.3%	106.307 6.3%	108.083 1.7%	107.100 -0.9%	105.306 -1.7%	103.727 -1.5%	104.349 0.6%	105.653 1.3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100.000 2.2%	103.608 3.6%	105.652 2.0%	108.225 2.4%	110.101 1.7%	113.404 3.0%	116.523 2.8%	120.018 3.0%
REISEVERKEHR	100.000 1.6%	105.170 5.2%	107.379 2.1%	110.170 2.6%	113.255 2.8%	116.370 2.8%	118.697 2.0%	121.071 2.0%
IMPORTE I.W.S.	100.000 4.6%	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.503 -0.1%	106.623 -0.8%	106.175 -0.4%	107.347 1.1%	109.121 1.7%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100.000 -1.8%	98.301 -1.7%	97.887 -0.4%	97.966 0.1%	98.684 0.7%	100.262 1.6%	100.410 0.1%	100.249 -0.2%
TERMS OF TRADE, GÜTER	100.000 -2.0%	97.527 -2.5%	96.827 -0.7%	96.696 -0.1%	97.520 0.9%	99.599 2.1%	99.723 0.1%	99.477 -0.2%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
IMPORTQUOTE, GESAMT	47.679	51.152	51.213	50.224	49.494	48.729	49.845	51.230
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5.768	3.473	0.061	-0.990	-0.730	-0.764	1.116	1.385
IMPORTQUOTE, GÜTER	37.771	40.813	40.401	38.542	37.384	36.526	37.244	38.119
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5.428	3.042	-0.412	-1.859	-1.159	-0.858	0.718	0.875
EXPORTQUOTE, GESAMT	51.004	53.672	53.807	53.233	53.248	53.578	54.758	56.219
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6.108	2.668	0.135	-0.574	0.016	0.329	1.180	1.461
EXPORTQUOTE, GÜTER	37.693	39.636	39.416	38.202	37.890	37.866	38.658	39.564
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6.246	1.943	-0.220	-1.214	-0.312	-0.025	0.793	0.905

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)
(BESCHÄFTIGTE VOR 2008 RÜCKVERKETTET)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5406.324 0.2%	5427.239 0.4%	5447.026 0.4%	5472.657 0.5%	5506.268 0.6%	5546.573 0.7%	5576.516 0.5%	5601.240 0.4%
ERWERBSQUOTE	75.066 0.3%	75.957 1.2%	76.792 1.1%	77.387 0.8%	77.992 0.8%	78.694 0.9%	79.418 0.9%	80.292 1.1%
ERWERBSPERSONEN	4058.320 0.5%	4122.350 1.6%	4182.897 1.5%	4235.103 1.2%	4294.457 1.4%	4364.825 1.6%	4428.761 1.5%	4497.329 1.5%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3558.877 0.1%	3582.861 0.7%	3598.964 0.4%	3611.608 0.4%	3624.841 0.4%	3653.357 0.8%	3672.827 0.5%	3686.590 0.4%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	499.443 4.0%	539.489 8.0%	583.933 8.2%	623.495 6.8%	669.616 7.4%	711.467 6.3%	755.934 6.3%	810.739 7.3%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	447.300 2.2%	453.900 1.5%	456.800 0.6%	464.900 1.8%	471.700 1.5%	477.172 1.2%	484.329 1.5%	491.594 1.5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3611.020 0.3%	3668.450 1.6%	3726.097 1.6%	3770.203 1.2%	3822.757 1.4%	3887.653 1.7%	3944.432 1.5%	4005.735 1.6%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3446.269 0.9%	3484.178 1.1%	3529.472 1.3%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	100.225 -4.1%	98.423 -1.8%	94.974 -3.5%	91.290 -3.9%	87.871 -3.7%	86.113 -2.0%	85.252 -1.0%	85.252 0.0%
ARBEITSLOSE	250.782 -3.7%	246.702 -1.6%	260.643 5.7%	287.207 10.2%	319.357 11.2%	355.271 11.2%	375.002 5.6%	391.010 4.3%
ARBEITSLIQUORATE NAT. DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.138 0.784	9.507 0.369	9.761 0.254

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	138.905 2.0%	144.343 3.9%	150.342 4.2%	154.547 2.8%	158.586 2.6%	163.053 2.8%	167.319 2.6%	172.461 3.1%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	119.456 4.1%	125.651 5.2%	126.349 0.6%	127.243 0.7%	128.807 1.2%	131.677 2.2%	135.513 2.9%	139.794 3.2%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	36.267 3.1%	38.636 6.5%	40.365 4.5%	41.088 1.8%	41.903 2.0%	43.055 2.8%	45.423 5.5%	46.900 3.3%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	294.627 2.9%	308.630 4.8%	317.056 2.7%	322.878 1.8%	329.296 2.0%	337.785 2.6%	348.255 3.1%	359.154 3.1%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	2.475 702.4%	1.046 -57.7%	0.323 -69.1%	0.931 188.6%	-2.095 -324.9%	-2.136 2.0%	-2.179 2.0%	-2.223 2.0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	51.583 2.3%	53.480 3.7%	55.712 4.2%	57.346 2.9%	59.062 3.0%	60.952 3.2%	62.902 3.2%	64.915 3.2%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	245.519 4.0%	256.196 4.3%	261.667 2.1%	266.464 1.8%	268.139 0.6%	274.697 2.4%	283.174 3.1%	292.016 3.1%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-2.989 11.1%	-3.017 0.9%	-3.257 7.9%	-3.884 19.3%	-3.598 -7.4%	-3.670 2.0%	-3.743 2.0%	-3.818 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	242.530 3.9%	253.179 4.4%	258.410 2.1%	262.580 1.6%	264.541 0.7%	271.027 2.5%	279.431 3.1%	288.198 3.1%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
SICHTEINLAGEN	87.993 10.3%	90.120 2.4%	102.909 14.2%	112.936 9.7%	115.761 2.5%	128.495 11.0%	137.875 7.3%	147.112 6.7%
TERMINEINLAGEN INKLUSIVE AUFGENOMMENE GELDER	33.804 -10.0%	36.232 7.2%	32.003 -11.7%	29.651 -7.3%	34.620 16.8%	35.347 2.1%	36.195 2.4%	36.340 0.4%
SPAREINLAGEN	156.950 -0.7%	156.367 -0.4%	157.452 0.7%	153.321 -2.6%	149.938 -2.2%	147.389 -1.7%	148.862 1.0%	151.542 1.8%
KREDITVOLUMEN	307.780 1.5%	314.156 2.1%	319.543 1.7%	316.700 -0.9%	316.682 0.0%	319.849 1.0%	323.367 1.1%	327.894 1.4%
EURIBOR 3M <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.81 -0.42	1.39 0.58	0.57 -0.82	0.22 -0.35	0.21 -0.01	-0.02 -0.23	-0.14 -0.12	0.11 0.25
ÖST. BENCHMARKRENDITE 10J <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	3.16 -0.76	3.28 0.12	2.29 -0.99	1.99 -0.30	1.48 -0.51	0.74 -0.74	0.93 0.19	1.24 0.31

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
USD/EUR	1.327 -4.8%	1.392 4.9%	1.286 -7.6%	1.328 3.3%	1.329 0.0%	1.108 -16.6%	1.060 -4.3%	1.062 0.2%
GBP/EUR	0.858 -3.8%	0.868 1.2%	0.811 -6.6%	0.849 4.7%	0.806 -5.0%	0.725 -10.2%	0.705 -2.7%	0.705 -0.1%
YEN/EUR	116.445 -10.7%	110.985 -4.7%	102.669 -7.5%	129.539 26.2%	140.413 8.4%	134.173 -4.4%	133.527 -0.5%	138.697 3.9%
CHF/EUR	1.382 -8.5%	1.234 -10.7%	1.205 -2.4%	1.231 2.1%	1.215 -1.3%	1.069 -12.0%	1.085 1.5%	1.067 -1.7%

Autoren: Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian Koch,
Robert M. Kunst, Simon Loretz, Michael Reiter, Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2015 – 2017: Österreichs Wirtschaft überwindet Stagnation

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 90

Redaktion: Isabella Andrej

© 2015 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Josefstädter Straße 39, 1080 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
